

— denn auf die
an — zu schaffen,
zu erreichen sein,
von Vorposten
als ob die Privat-
e Garant erscheint

bringen den
ht über die
ngelieferte
Unfallversicherun-
teichsversicherungs-
wieber Goldmark-
die deutsche Wäg-
Versicherungen für
en. Diese Gelder
und städtischen
hrt werden. Es
samt für Privat-
sonders zuwendet.
ung dieser Hypo-
ndelt sich hier um;

lichen Päch-
eichern. Für
m Verpächter be-
an der Zeit, ein
es heute schon in
recht mühte dem
ers vorausgehen,
mit der Wägung,
vorgeschrieben

hen

en!

chum

ägigen

nsere Leser
weise die im
ücksichtigen

ck

nn

str. 41

Er scheint wochentags morgens.

Bochumer Zeitung

Einzelnummer 120 Milliarden Mt.

Märkischer Sprecher

Rheinisch-Westfälisches Tageblatt

Amtesliches Kreisblatt für Stadt und Landkreis Bochum

Druck: Buchdruckerei W. H. Stumpf, Kommanditgesellschaft Bochum.

Verlag: Märkischer Sprecher, G. m. b. H., Bochum. Geschäftsstelle: Dudenbergstr. 11, Fernsprecher 123.

Postfachkonto Dortmund Nr. 3695. Schriftleitung: Dudenbergstr. 4, Fernsprecher 125.

Anzeigenpreise: Die 7 mm breite Zeile in 1 mm Höhe im Zeitungs-
Blattbogen kostet 7 Cent. Familienanzeigen u. Stellenan-
gebote 5 Cent. Anzeigen in der 7 mm hohen Zeile in 1 mm Höhe 30 Cent.
12 Cent. Die 7 mm breite Zeile in 1 mm Höhe 30 Cent. Die 7 mm breite Zeile in 1 mm Höhe 30 Cent.
Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgedruckten Tagen und
Plätzen wird keine Gebühr erhoben. — Bei anstandsloser
Befreiung der Druckkosten durch den Auftraggeber wird der gewöhnliche Rabatt bewilligt. — Anzeigen
von Anzeigen abends 6 Uhr. Für größere Anzeigen 4 Uhr

Nr. 68.

Freitag, den 13. Juni 1924.

96. Jahrgang.

Die Micum-Besprechungen.

Verhandlung auf nächsten Sonntag.

TU. Düsseldorf, 12. Juni. Die französische Be-
höde gibt über die heutigen Micum-Verhandlungen fol-
genden Bericht aus:

Die Besprechungen zur Erneuerung der Micum-Ver-
träge haben heute um 4 Uhr nachmittags begonnen.
Die deutschen Industriellen waren durch die Herren
Vogler, Knecht, Fahrhörn, Kötter, Herbig und
Jägers vertreten.

Die Industriellen legten die schwierige Lage dar, in
der sie sich infolge der aus den Micum-Verträgen ent-
stehenden Lage und der sich aus dem letzten Streik er-
gebenden Folgen befinden. Sie stellten die Frage, ob die
französische und belgische Regierung geneigt seien, die
für die Reparationslieferungen erforderlichen Summen
entweder direkt vorzuschießen oder durch Vermittlung
der Pfänderkassen vorzuschützen. Sie erklärten, die Re-
parationslieferungen fortsetzen zu können, unter der Be-
dingung, daß die Besatzungsbehörden anerkannt, daß
diese Lieferungen auf Rechnung des Sachverständigen-
planes und zwar rückwirkend ab 15. April gehen. Das
am 15. April abgeschlossene Abkommen würde somit hin-
fällig.

Da die Micum diese verschiedenen Vorschläge ganz
entgegenstehen, beschloß die Industriellen, mit
der Regierung in Berlin Rücksprache zu nehmen.

Die nächste Besprechung wird am Sonntag, 15. 6.,
vormittags 10 Uhr, in Düsseldorf stattfinden.

Rückkehr der Sachverständigenkommission nach Berlin.

TU. Düsseldorf, 12. Juni. Die Sachverständigen-
kommission ist heute abend zu Besprechungen mit der Reichs-
regierung bereits wieder nach Berlin zurückgekehrt. Die
Industriellen gaben bei ihrer Abfahrt den anwesenden
Zeitungsveteranen lediglich bekannt, daß die Verhand-
lungen mit der Micum ergebnislos verlaufen seien und
am kommenden Sonntag fortgesetzt würden.

Auch der Zechenverband hat in einer Mittei-
lung von dem ergebnislosen Verlauf der Micum-Ver-
handlungen Kenntnis gegeben.

25 Millionen Dollars für die Deutsche Goldbistontbank.

TU. New York, 12. Juni. Die amerikanischen
Bankiers haben die Verhandlungen betreffend die Ge-
währung eines Kredits von 25 Millionen Dollars an
die deutsche Goldbistontbank abgeschlossen.

An dem Abschluß der Verhandlungen über die Ge-
währung eines Kredits von 25 Millionen Dollars an
die Deutsche Goldbistontbank ist, wie die International
Acceptant Bank mitteilt, ein Sympakt interessiert,
das 34 Banken und Wirtschaftszentren in den Vereinig-
ten Staaten umfaßt. In Finanzkreisen wird darauf
hingewiesen, daß die Erweiterung des ursprünglich vor-
geschlagenen 5-Millionen-Kredits zum
Teil auf die Vergrößerung der Ausgabe einer internatio-
nalen Anleihe für Deutschland zurückzuführen sei.

Maßnahmen zur Stützung der Rentenmark.

Die deutsche Wirtschaft steht noch im Anfang ihrer
Deflationsperiode, die die notwendige Folge der Infla-
tionszeit ist. Die Streikbewegung der Arbeiterkraft,
die geforderte Verlängerung der Arbeitszeit von Arbeitgeber-
seite, die Verluste der Wirtschaft, an allen Ecken und
Enden, werden in den deutschen maßgebenden Kreisen
nur als Symptome der Deflation angesehen, nicht aber
als der Beginn einer neuen Inflationsperiode. Der
Kampf der Reichsbank im Verein mit der Rentenbank
gegen alle Kräfte, die an den Mauern der Stabilität der
deutschen Währung rütteln wollen, ist aufs heftigste ent-
brannt. Es ist geplant, von Seiten der Reichsbank aus
einen regelrechten Propagandakrieg für die Goldmark
zu infizieren, um die schnelle Entwertung der Defla-
tionsperiode zu unterstützen. Das vornehmste Ziel
des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht wird es sein, im
Volke den Glauben an die Stabilität der Verhältnisse
wachzurufen und das Volk wieder zu veranlassen, seine
Gelder auf die Sparkasse zu tragen, um so gewisse Re-
serven zu schaffen, die bei rückläufigen Bewegungen der
Wirtschaftslage, vor allem für die Landwirtschaft, von
großem Nutzen sind. Man hofft, die Sparfähigkeit da-
durch zu unterstützen, daß für die Sparanlagen die Ge-
währleistung der Stabilität übernommen wird. Auf diese
Weise würde endlich der Grundstein gelegt für eine Wie-
derherstellung der deutschen Wirtschaft, der Grundstein
für einen Volksreichtum, der bald auf den Staat über-
tragen werden könnte.

Keine Beteiligung der Völkischen an der bayerischen Regierung.

Wie die Telegraphen-Linien erzählt, ist die bayeri-
sche Regierung in ein neues Stadium eingetreten.
Der Völkische Block hat nämlich eine
Fortsetzung der am 6. Juni mit den Deutschnationalen,
der Bayerischen Volkspartei und dem Bauern-
bund eingeleiteten Verhandlungen über die
Koalitionsfrage als nutzlos abgelehnt, weil die
genannten Parteien eine Aussprache über die für
die Regierungsbildung in Frage kommenden Perso-
nen abgelehnt haben und der Völkische Block vor
der Frage stehe, mit einem glatten Ja oder
Nein zu antworten, ob er bereit sei, sich an einer
Koalition mit den genannten drei Parteien zu

Die Forderungen der Metallarbeiter

Die Verhandlungen in der Metallindustrie.

Fortsetzung am heutigen Freitag.

TU. Bochum, 12. Juni. Die heute vormittag unter
dem Vorsitz des Reichskommissars Schödel begonnenen
Verhandlungen über die Lohn- und Arbeitszeitfrage so-
wie den Rahmentarif in der nördlichen Gruppe der Me-
tallindustrie konnten nicht zu Ende geführt werden. Sie
werden am Freitag fortgesetzt.

Die Arbeitgeber wünschten zunächst Verhandlungen
über die Arbeitszeit. Die Gewerkschaftsvertreter leh-
nen dies ab und betonten ihren bereits in den voraus-
gegangenen Verhandlungen ausgeprochenen Standpunkt,
daß zunächst über die Lohnfrage verhandelt werden
müsse. Die Arbeitnehmervertreter überreichten hierzu
ihre Vorschläge, die kurz zusammengefaßt die grund-
sätzliche Anerkennung des achtstündigen Arbeitstages
und der 48-Stundenwoche enthalten.

Für durchgehende Betriebe wird einschließlich Son-
tagsarbeit die 50-Stundenwoche verlangt. Für die
Arbeiter an Hochöfen, in Kokerien usw. wird die Ein-
führung der dreifachen Schicht gefordert. Für die übrigen
Betriebe kann über die achtstündige Arbeitszeit hin-
aus eine Stunde Mehrarbeit vereinbart werden, die mit
einem Zuschlag von 10 Prozent zu vergüten ist. In
der Lohnfrage wurde für den Monat Mai ein avan-
sisprozentiger Zuschlag auf die Aprillöhne, ab 1. Juni
weitere 5 Prozent Zuschlag auf die sich für Mai erge-
benden Löhne gefordert.

Die Arbeitgeber haben ihren bisher eingenomme-
nen Standpunkt voll beibehalten.

In den Forderungen der drei Metallarbeiter-Ver-
bände wird noch ergänzend berichtet:

1. Zur Lohnfrage: Die Löhne sollen gegenüber
den Aprillöhnen um 25 Prozent erhöht werden. Außer-
dem werden für die Formen und Gießereiarbeiter noch
besondere Forderungen erhoben.

2. Zum Rahmentarif wurde beantragt, ihn
am 1. Juni wieder in Kraft zu setzen. Einige Verbes-
serungen sollen neu ausgenommen werden.

3. Zur Arbeitszeitfrage: Die Arbeitszeit
beträgt grundsätzlich täglich 8 Stunden oder wöchentlich
48 Stunden. Für Wechselarbeiter in den durchgehenden

Betrieben. Der Völkische Block hat in seiner gestrigen
Fraktionsbesprechung nunmehr beschlossen, sich an
einer Koalitionsregierung nicht zu beteiligen. So-
weit nicht eine marxistische Regierung die deutschen
und bayerischen Belange wahr, wird er sie von
Fall zu Fall unterstützen, soweit sie aber diese
Belange preisgibt, wird er sie auf das schärfste be-
kämpfen.

Deutschnationale und Völkische.

München, 12. Juni. Die deutschnationale
Landtagsfraktion veröffentlicht eine Erklärung
über den pöhlischen Witz der Koalitionsbe-
sprechungen und über die Frage der Regierungs-
bildung, in der betont wird, daß nach der ersten
Mitteilung des völkischen Blockes angenommen
werden mußte, daß er grundsätzlich gewillt sei,
sich an der Regierungsbildung ernstlich zu be-
teiligen. Die Verantwortung für den jetzigen ab-
lehrenden Schritt des völkischen Blockes müsse
einzig und allein ihm überlassen werden.

Bayerischer Vorstoß gegen die Reichsbahn.

Der „Bayerische Kurier“ schreibt scharf gegen die
Verpöhlung der Reichsbahn, wodurch alle Voraus-
setzungen und Sicherungen hinfällig würden, unter denen
der bayerische Staat seine Eisenbahn in das Eigentum
des Reiches übergeben habe. Am Schluß der Aus-
sage des Blattes heißt es: „Bayer muß alle proble-
matischen Lösungsvorschläge ablehnen. Es ist vielmehr
bei der gegebenen Rechts- und Sachlage das Recht und
die Pflicht der bayerischen Regierung, die bayerische
Bahn wieder in das Eigentum und die Verwaltung
Bayerns zurückzuführen. Es ist durchaus möglich, daß
auch die bayerische Bahn für sich gesondert den auf sie
entfallenden Teil der Reparationsleistungen, dem sie sich
niemals entziehen will, aufbringt. Sofern hierbei eine
Umformung bei der bayerischen Staatsbahn mit einem
Sondervermögen oder vollständiger Betriebsgesellschaft
aus außerpolitischen Gründen zur Notwendigkeit wer-
den sollte, müßte auch Bayern sich damit abfinden. Je-
denfalls würden von einer vollständig bayerischen Be-
triebsverwaltung die Interessen des bayerischen Wirt-
schaftsbereiches und des bayerischen Volkswirtschafts
verwahrt werden können, als dies einer bayerischen Verwaltungs-
stelle der zentralisierten Reichsbahn u. S. mög-
lich wäre.“

Anträge der Deutschen Volkspartei.

Die Deutsche Volkspartei ersucht in einem Antrag
die Regierung um baldige Vorlegung eines Gesetzes-
entwurfes, der die jetzt geltenden Aufwertungsvo-
schriften abändert, insbesondere den Höchstbetrag der
Aufwertung angemessen erhöht. Für die Aufwertungs-
vorschriften wird bleibende Kraft verlangt und für die
öffentlichen Anleihen und deren Verzinsung eine gerechte
Regelung in Aussicht genommen. Ein weiterer An-
trag der Deutschen Volkspartei verlangt die baldige

Produktionsbetrieben einschließlich Sonntagsarbeit
56 Stunden.

Entsprechend der Arbeitszeitverordnung vom 21. 12.
1923 darf die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit in
nachfolgenden Betriebsabteilungen ausschließlich der
Pausen die Dauer von 8 Stunden nicht überschreiten:

1. Für die Arbeiter der Hochöfen, Kokerien, sowie
der sonstigen Betriebe mit ununterbrochener Produktion
(Gießereien).

2. Für die unmittelbaren Produktionsarbeiter im
Thomas- und Martinwerk, im Walzwerk, Brechwerk,
Hammerwerk, Bodentwerk, in den Röhrenfabriken und
in ähnlichen Betrieben.

3. Für alle Arbeiter in den Zink- und Bleiwerken,
sowie für die Arbeiter der chemischen Betriebsabtei-
lungen.

In Uebereinstimmung mit den ausländischen Gewerbe-
aufsichtsbeamten und der gesetzlichen Betriebsvertretung
kann eine Mehrarbeit festgelegt werden, jedoch darf
die Mehrarbeit für den einzelnen Arbeiter 1/2 Stunde
pro Schicht nicht überschreiten. Für jede über die
8 Stunden hinaus geleistete Mehrarbeit in den genann-
ten Betrieben ist ein Ueberstundenzuschlag von min-
destens 10 Prozent der Durchschnittsverdienste des betr.
Monats zu zahlen.

Arbeitsbereitschaft, ganz gleich welcher
Art und Dauer, ist als Arbeitszeit zu bewer-
ten. Pausen werden nur dann als solche angesehen,
wenn der betr. Arbeiter ohne weiteres seine Arbeits-
stelle verlassen hat.

Für alle übrigen Arbeiter kann vorüberge-
hend seitens der Betriebsleitung im Einvernehmen mit
der gesetzlichen Betriebsvertretung 1 Stunde Mehr-
arbeit angesetzt werden, für die ein Zuschlag von
10 Prozent gezahlt wird. Der freie Samstagsnachmit-
tag ist in jedem Fall zu gewähren.

Wird die hier vorgesehene Arbeitszeit in Ueberein-
stimmung mit der Betriebsvertretung überschritten, so
ist jede Ueberstunde mit mindestens einem Zuschlag von
25 Prozent zu zahlen.

Da die Verhältnisse in den einzelnen Werken und
Betriebsabteilungen infolge unterschiedlicher technischer
Einrichtungen nicht einheitlich sind, wäre in Differenz-
fällen zu entscheiden, wo und für welche Arbeiter oder
Arbeitergruppen sonstige Ausnahmen von der normalen
achtstündigen Arbeitszeit zulässig sind. Bevor solche Ent-
scheidungen gefaßt werden, sind außer den gesetzlichen
Betriebsvertretungen auch die Vertreter der gewerk-
schaftlichen Arbeitnehmerorganisationen zur Mitwir-
kung heranzuziehen.

Außerkräftsetzung der Preistreiber-
verordnung und Regelung der Preisprüfungsstel-
len, eine allgemeine Amnestie für diejenigen ge-
ringfügigen Begehren, die mit dem letzten raschen
Währungsverfall zusammenhängen.
Ein anderer Antrag der Deutschen Volkspartei verlangt
die Befreiung der Beitragspflicht der Handwerkslehrlinge
für die Gewerkschaftsbeiträge. Ein weiterer Antrag
erzucht die Reichsregierung, dahin zu wirken, daß im
Interesse des deutschen Handwerks die deutschen Straf-
gefangenen keine Handwerkslehre erhalten. Ein letzter
Antrag der Deutschen Volkspartei ersucht die Regierung,
bei den kommenden Verhandlungen zur Lösung des
Reparationsproblems die Aufhebung der in
der überlieferten Mehrzahl der unter Mandatsverwaltung
befindlichen deutschen Kolonien noch bestehenden
Einzels- und Aufenthaltsverbote und Beschränkungen
für alle Deutschen, sowie die Abkündigung von dem
Weiterverkauf des liquidierten deutschen Privatvermö-
gens und Rückgabe der noch nicht liquidierten Grund-
stücke und sonstigen Privatgüter an die Eigentümer zu
fordern. Ein anderer Antrag verlangt die Vorlegung
eines Gesetzesentwurfes betreffend die Schaffung von or-
dentlichen Arbeitsgerichten.

Die Zentrumsfraktion des Reichstags hat gemeinsam
mit der Deutschen Volkspartei und den De-
mokraten im Reichstag einen Antrag eingebracht, der
die Reichsregierung ersucht, die besonders schwere No-
tlage des größten Teils der deutschen Studenten-
schaft erneut und beschleunigt nachzuprüfen und die
Gewährung von Krediten und nachhaltigen Unterstüt-
zungen an die wirtschaftliche Selbsthilfe zu ermöglichen.

Angaben zur Durchführung des Friedens- Vertrages.

Zur Durchführung des Vertrages von Versailles
und seit der Umstellung des Reichshaushaltsplanes auf
Goldmark, d. h. seit dem 1. Oktober v. J. bis 31. März
v. J., folgende Ausgaben in Goldmark gemacht worden:
Kohlen, Holz und Nebenprodukte 11 893 917 M.
Rohstoffe, chemische und pharmazeutische
Produkte 4 273 588 M.
Ausgaben aus Anlaß von Viehste-
lungen 10 970 M.
Wiederaufbauleistungen 24 815 264 M.
Aus Anlaß der Lieferung von Schuppen 6 911 898 M.
Englisch Sanitätsausgaben 12 702 338 M.
Verwaltungskosten 313 473 856 M.
Interalliierte Kommissionen 6 726 809 M.
Ausgleichsverfahren 1 125 204 M.
Leistungen außerhalb der Reparationen 8 390 865 M.
Innere Ausgaben aus Anlaß der Durch-
führung des Friedensvertrages 57 936 502 M.
Verschiedene Verwaltungskosten, San-
tionskosten für D.-Ruhest u. s. w. 12 207 505 M.
460 468 716 M.

Die kleine preussische Verwaltungsreform.

Die preussische Staatsregierung hat einen Entwurf
zur Vereinfachung der Verwaltung vorgelegt, der zwar
eigentliche große Reformfragen nicht aufschneidet, aber
daraus doch nicht ohne erhebliche Bedeutung ist. Das
Haupt- und Kernstück des Entwurfes ist die Verei-
nigung der Ämter des Oberpräsidenten, in denen der
Regierungspräsidenten am Sitz
des Oberpräsidentiums. Damit wird ein Zu-
stand wiederhergestellt, wie er durch die Verordnung
vom 30. April 1815 geschaffen wurde und bis zum
Erlaß des Landesverwaltungsgesetzes vom Jahre 1884
bestanden hat. All die Zuständigkeiten, in denen der
Oberpräsident als Beschwerdeinstanz gegen die Ent-
scheidungen der Regierungsbehörden zu fungieren hat,
fallen weg. Der Instanzenzug endet überall beim Re-
gierungspräsidenten oder beim Bezirksausschuß. Damit
verliert der Provinzialrat seine Da-
seinsberechtigung; er geht ein, und der Ober-
präsident wird wieder das, was er vor der Ver-
waltungsreform des Jahres 1884 gewesen ist, ein
politischer Vertrauensmann des Mini-
steriums in der Provinz, dessen Haupttätigkeit in
der Verwaltung seiner Regierung besteht.

Wo sich Regierungsbezirk und Provinz dienen, wie
z. B. in der Grenzmark und Oberschlesien, wird diese
Regelung voraussichtlich keine Schwierigkeiten bieten.
Nicht ganz so einfach wird sich der Plan in den anderen
Provinzen verwirklichen lassen, wo nach dem Entwurf
der neue Doppelpresident in gewisser Hinsicht für seine
Kollegen, die übrigen Regierungspräsidenten, überge-
ordnete Behörde bleibt. Der Oberpräsident er-
hält nämlich das Recht, den Regierungspräsidenten
allgemeine Richtlinien zu geben, die nach der
Begründung vorwiegend politischer Natur sein
sollen. In den Einzelentscheidungen hat er sich nicht
einzumischen, und eine Zwangsgewalt steht ihm nicht
zu. Es wird also alles auf die Auswirkung seiner
Persönlichkeit ankommen und darauf, ob ihn der zu-
ständige Minister stützt. Ganz unbedenklich sind, zu-
mal in Zeiten politischer Spannung, so allgemeine Er-
mächtigungen ganz und gar nicht. Dazu kommt, daß
der Entwurf zwar nichts an der bisherigen Zuständig-
keit des Oberpräsidenten ändert — Vorst im Pro-
vinzialhochschulkollegium, Aufsichtsorgan über den Kommu-
nalanverband der Provinz u. a. —, aber es wird dar-
über hinaus die Möglichkeit geschaffen, daß seine unmit-
telbare Zuständigkeit durch Beschluß des Staatsmini-
steriums ohne Mitwirkung der Gesetzgebung eine wei-
tere Ausdehnung erhält. Es erscheint schon aus all-
gemein staatlichen Erwägungen nicht angängig, dem
Staatsministerium so weitgehende Befugnisse zu geben.
Will man, wofür manche Gründe sprechen, die grund-
sätzliche Frage, welche Zwischeninstanz zwischen Staats-
ministerium und Orts- oder Kreisbehörde einmal weg-
fallen soll, jetzt nicht zur Lösung bringen, so muß man
ihre weitere Behandlung unbedingt der Gesetzgebung
überlassen.

Die weiteren Bestimmungen des ziemlich umfang-
reichen Entwurfes zielen im wesentlichen auf Er-
sparnisse in der Verwaltung hin. Hier
ist die Vereinfachung der Rechtsmittel gegen polizeiliche
Verfügungen, die Angleichung der Prüfen, Erleichte-
rung der Vorbescheide und ähnliches durchaus zu be-
grüßen. Anderes bedarf genauerer Prüfung. So soll
der Bezirksausschuß künftig in der Verlegung
mit nur drei Mitgliedern beschlußfähig sein. Er ver-
liert ein auf Lebenszeit ernanntes unabhiebares Be-
amtetes Mitglied, so daß nur noch der Verwaltungs-
gerichtsdirektor als Vorsitzender die volle Gewähr rich-
terlicher Unabhängigkeit bietet. Die Entscheidungen
sollen nur noch mit der Revision angefochten werden
können, und bei Geldleistungen ist das Rechtsmittel
nur bei einer Streitsumme über 300 Mark gegeben.
Man wird sich fragen müssen, ob hier der Vorteil
nicht unerheblicher Vereinfachung und Verbilligung des
Verfahrens nicht mit dem Wegfall wertvollen Rechts-
schutzes allzu teuer bezahlt ist. Da die Provinzialräte
aufgehoben werden und die Bezirksausschüsse
nunmehr allgemein höchste, in Angelegenheiten aus
Stadtkreisen also einzigste Instanz in
Beschlußsachen werden, so wird das Bedürfnis
einer für den ganzen Staat zuständigen, einheitlichen
zentralen Beschlußbehörde jedenfalls immer dringlicher.
Wenig glänzend werden auch die Vorzeichen des Frei-
staats Preußen über die außerordentliche Erhöhung
der Zwangsstrafen sein. Das Ansehen der Be-
höden wächst nicht automatisch mit dem Umfang ihrer
Strafgewalt und leider gehört auch eine politisch schä-
dliche Anwendung amtlicher Macht nicht zu den un-
möglichsten Dingen.

Singenen sei schließlich noch auf eine organisatorische Veränderung innerhalb der Regierungen. Die Abstellung für Dörmann und Forster wird künftig vom Regierungspräsidenten bürokratisch geleitet, während die Schulabteilung ihren kollegialen Charakter beibehält. Handelt es sich bei dem Entwurf als Ganzes genommen, also nicht um einen großen Wurf mit neuen fruchtbringenden Gedanken, so ist doch seine möglichst baldige Verabschiedung zu wünschen, weil er manche sachliche gute Fortbildung bestehender Zustände und im Gegensatz zur Städte- und Landgemeindeförderung eine wirkliche Verbilligung bringt.

Sozialdemokratischer Parteitag.

Zweiter Tag.

Die gestrige Vormittagssitzung wurde um 9 1/2 Uhr eröffnet. Eingeleitet wurde ein Begrüßungs-telegramm der Sozialdemokratischen Fraktion und eine Aufzählung der Sozialistischen Partei Frankreichs, in der diese bedauert, angesichts der vorliegenden Lage in Frankreich der Einladung zum Parteitag nicht entsprehen zu können und der Tagung besten Erfolg wünscht.

Zunächst wurde von Freyner ein Antrag Dresden begründet, zum Bericht der Reichstagsfraktion einen Vertreter der Fraktionsminderheit, und zwar den Abgeordneten Dismann, als Korreferent das Wort zu geben. Der Antrag wurde mit 228:111 Stimmen abgelehnt. Darauf wurde im Auftrag des Parteivorstandes vorgeschlagen, eine Kommission von 9 Mitgliedern zur Erörterung des sächsischen Konflikts einzusetzen, die zunächst eine Verständigung versuchen soll. Der Antrag des Parteiausschusses wurde mit großer Mehrheit angenommen.

Zu Punkt I der Tagesordnung, Bericht des Parteivorstandes, erhielt zunächst der Parteivorstand das Wort. Er betonte, die Sozialdemokratie müsse insofern mit Hilfe der Demokratie den Staat erobern. Die Sozialdemokratie trete ein für Demokratie, Republik und sozialistische Politik ein. Solange die Frage der Reichseinheit und des föderalen Nationalstaates nicht gelöst sei, müsse der Kampf um Sozialismus, Demokratie und Republik in zweiter Linie stehen. Die Sozialdemokratie habe an der Wende der Republik gehalten, und ihre Pflicht sei es, sie weiter zu führen. Eine gescheiterte und gescheiterte Republik habe die Monarchie zur Nachfolgerin. Das wollten die Nationalsozialisten ganz genau.

Rebner geht dann auf die sächsischen Verhältnisse ein und wendet sich scharf dagegen, daß Reizner in Berlin den Parteivorstand der Korruption beschuldigt habe. Ohne das Eingreifen des Parteivorstandes hätten die Dinge in Sachsen dieselbe Wendung genommen wie in Thüringen und Mecklenburg. Er bittet die Vertreter der Opposition, sich nicht führen zu lassen in dem Bestreben, die von ihnen so oft betonte Meinung der Partei an Haupt und Gliedern hier vorzunehmen. Der Parteivorstand nehme mit gutem Gewissen die Verantwortung auf sich. Die Entwicklung des deutschen Sozialismus sei ein großer Erfolg, dem die Folgen der englischen, französischen und österreichischen Genossen folgten. Den ausländischen Genossen können die deutschen nicht mehr mit leeren Händen gegenüber. Für Vertreter nach Verständigung habe erst jetzt im Reichstage der Sieg errungen. Wels schloß mit einer Mahnung zur Einigkeit. (Sehr großer Beifall.)

Hierauf erhielt das Wort der Reichstagsabgeordnete Hermann Müller. Der Redner gibt einen Rückblick auf die Haltung der Partei seit der Nationalversammlung. Einen Sieg der Monarchie fürchtet der Redner nicht, aber die Partei müsse verhindern, daß die Republik bei uns zu einer Katastrophe werde. Von dem Experiment, mit den Kommunisten eine Regierung zu bilden, habe den größten Vorteil die Reaktion in Bayern gehabt. Der Redner begründet den Austritt der Sozialdemokratie aus der Regierung anlässlich der Vorgänge in Sachsen. Durch ihr Vorgehen gegen Sachsen habe die Sozialdemokratie ein Uebergreifen des bayerischen Brandes nach Norddeutschland verhindert. Vor allem aber wolle die Mehrheit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion einen neuen Währungsplan verhindern. Der Redner bestreitet entschieden, daß die Politik der Fraktion die Schuld an dem Niedergang der Partei habe. Führer und Massen hätten nicht den Mut verloren, sondern müssen die Treue halten, um neue Siege vorzubereiten. (Sehr großer Beifall.)

Darauf tritt eine zweifelhafte Mittagspause ein.

Unbekanntes aus dem Sachverständigen-Bericht.

Schicksale und Mindestausgaben. Die Summe, die mit Sicherheit zu Reparationszwecken angelegt werden kann, ist im großen und ganzen der Unterschied zwischen den Höchstpunkten und Mindestpunkten der Reichsanleihe.

Wenn das Vertrauen nicht wiederkehrt, so wird das in fremden Ländern angelegte deutsche Kapital nicht zurückkommen, und das zu dem in unserem Plane vorgesehene Zweck geordnete ausländische Kapital sowie die ausländischen Kredite zur laufenden Geschäftsführung werden nicht gewährt werden können; ja sogar die ordnungsmäßige Steuererhebung wird nicht durchführbar sein.

Wahrnehmung der Finanzsinteressen. Wenn wir davon sprechen, daß eine beratende Methode auf einen beträchtlichen Zeitraum hinaus angewendet werden soll, so denken wir in erster Linie an die Periode, die den Darlehensgebern und Finanziers, deren Geld als Teil unseres Planes benötigt wird, beschreiben dürfte.

Deutsche Schuld und internationale Verpflichtungen. Es liegt außerhalb der Zuständigkeit des Ausschusses, die Zahl der Jahre oder die Summe zu umgrenzen, für die der Zins gelten soll, ebenso wenig gehört es zu seiner Zuständigkeit, die Anzahl der Jahresleistungen festzusetzen, die Deutschland aufbringen soll, da dies nahezu die Festlegung einer neuen deutschen Kapitalschuld bedeuten würde. Bei jeder neuen Umwälzung, durch die eine endgültige Regelung der aus dem Kriege entstehenden Verbindlichkeiten internationalen finanziellen Verpflichtungen vorgenommen wird, wird es ein Leichtes sein, unsern Plan diesen neuen Bedingungen in Bezug auf die deutsche Schuld anzupassen.

Zweck des Wohlfahrtszinses. Bei diesem System behält Deutschland den Anreiz, sich zu entwickeln, da ihm der größere Teil des Vorteils jeder Wohlfahrtszunahme verbleibt.

Zweck der äußeren Anleihe. Wir sind nicht der Ansicht, daß während einer Übergangszeit — wie im Falle Österreichs und Ungarns — eine äußere Anleihe zu dem besonderen Zweck der Deckung von planmäßigen Kreditbedürfnissen erforderlich ist. Geld aus dem Ausland könnte allerdings einen wesentlichen Bestandteil

Eisenbahnarbeiter und Regierung.

Die Forderungen der Eisenbahner.

Stellungnahme des Deutschen Eisenbahnverbandes.

Der Vorstand und Verbandsrat des Deutschen Eisenbahnverbandes nahm in Berlin zu dem Lohnangebot des Reichsverkehrsministeriums für die Eisenbahnarbeiter in einer Entschließung Stellung, in der das Verhandlungsergebnis vom 4. Juni infolge der Unzulänglichkeit abgelehnt wird. Den Eisenbahnern sei damit der Kampf um die Erhaltung ihrer Existenz aufgegeben worden. Zur Vermeidung eines Kampfes macht dann die Entschließung einen Vorschlag, der sich sowohl auf die Lohnfrage als auch auf die Arbeitszeit der Eisenbahnarbeiter bezieht. Zur Frage der Beamtensoldierung erklärte die Konferenz, daß die Besoldungsregelung vom 22. Mai wegen ihrer außerordentlichen Wirkung entfallen zu verwerfen sei. Reichsregierung und Parlament wurden aufgefordert, die Besoldungsregelung einer Nachprüfung zu unterziehen mit dem Ziele, die Gehälter der gering besoldeten Beamtengruppen ausreißend zu erhöhen.

Wie mitgeteilt wird, treten heute die drei Spitzenorganisationen der Eisenbahner zusammen, um ihre Forderungen auf eine einheitliche Formel zu bringen. Den gleichen Witterung zufolge, sei anzunehmen, daß noch eine erneute Besprechung zwischen Regierung und Eisenbahnvertretern stattfinden werde.

Gemeinsame Beratungen der Spitzengewerkschaften.

Die Spitzengewerkschaften der Eisenbahner sind gestern vormittag 11 Uhr zusammengetreten, um über das weitere Vorgehen der Verbände Beschluß zu fassen. Ebenso wie der freigewerkschaftliche Deutsche Eisenbahnverband, hat auch die christliche Organisation und die Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner in den letzten Tagen scharf gegen die Festsetzung der Löhne der Eisenbahnarbeiter Stellung genommen.

Der Vorstand der Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner hat folgenden Entschluß einstimmig gefaßt: Der Vorstand der Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner hat am Dienstag, den 10., und Mittwoch, den 11. Juni, zu dem Resultat der mit der Hauptverwaltung der deutschen Eisenbahn geführten Verhandlungen über die Erhöhung der Eisenbahnarbeitersoldierung Stellung genommen. Der Vorstand lehnt das

unseres Planes, teils zur Errichtung einer neuen Notenbank, teils zur Verhinderung einer Unterbrechung der Sachleistungen während der Übergangszeit und vor allem zur Herstellung des Vertrauens, von dem der gesamte Erfolg unseres Planes abhängt. Wir meinen im Gegenteil, wie man sehen wird, daß innere Störungen von Anfang an zur Deckung der ordentlichen inneren Ausgaben dienen und außerdem binnen sehr kurzer Frist genügen müssen, um zur Bezahlung der äußeren Schuld erheblich beizutragen.

Staatshaushalt 1924/25. Selbst wenn energische Maßnahmen ergriffen würden, um jeden Fehlbetrag 1924/25 abzuwenden, ist nach unserer Überzeugung von Deutschland nicht zu erwarten, daß es durch Einschränkung der Ausgaben oder durch eine Steigerung der Einnahmen irgendeine Zahlung an die Alliierten auf Grund des Vertrages aus Mitteln des Staatshaushaltes würde aufbringen können; vielmehr sind wir überzeugt, daß jede Forderung einer vorzeitigen Zahlung sowohl den Aufbau des Staatshaushaltes wie auch die Wertbeständigkeit der Währung in Gefahr bringen würde.

Neue Aufschübbereitungen der Separatisten.

An hervorragender Stelle veröffentlicht die „Völk. Zeitung“ in ihrer Morgenausgabe vom 12. Juni Mitteilungen über die neue separatistische Bewegung im Ruhrgebiet. Aus den Ausführungen geht hervor, daß Pläne für einen neuen Aufbruch für die rheinisch-westfälische Republik von den Sonderbündlern, bei denen der bekannte Matthes noch immer eine große Rolle spielt, bis ins Einzelne ausgearbeitet worden sind. Eine besondere Schutztruppe der Republikanischen Bewegung sei gebildet und mit Waffen versehen worden. Die Führer der Republik. Matthes (Reno) rekrutieren für die Truppe erwerbsfähige Kommunisten und Sozialisten. Man arbeitet jetzt darauf hin, in 5-6 Wochen loszuschlagen zu können.

Die Informationen der Kölnischen Zeitung beruhen auf Beratungen der Vertrauensleute der Sonderbündler und der Reno in den Ortsgruppen und in anderen Versammlungen.

Kritik an Wallraf.

In der letzten Sitzung des Reichstages hat der jetzt deutschnationale Abg. Quack in seiner bekannten Art dem Minister Dr. Stresemann zugehört; er hält ein Loblied für das Ausland. Die „Völk. Ztg.“ (Nr. 400 vom 7. Juni) schreibt über diesen Zwischenfall folgendes: Als der Minister in berechtigter Erregung einen solchen Vorwurf als eine Infamie kennzeichnete, hielt es der Präsident Wallraf, der ganz andere Zwischenrufe zu überhören gewohnt ist, für angebracht, dem Minister die parlamentarische Ungehörigkeit seiner Verteidigung vorzumerken, obwohl gerade hier die schärfste Abwehr Wahrung berechtigter Interessen nicht nur der Person, sondern auch der Regierung und damit des Reichstages war. Eine solche Ermahnung des Präsidenten einem Minister gegenüber, entpuppt der Verhängung eines Ordnungsstrafes gegen einen Abgeordneten. Der Minister hat damit seinen ersten Ordnungsstraf in seiner langen parlamentarischen Praxis erhalten, während der Abgeordnete, der den Minister in dieser Weise herausgefordert hatte, ohne jede Rüge blieb. Der weitaus größte Teil des Hauses hat die Erlebidung dieses Zwischenfalls durch den Präsidenten außerordentlich peinlich empfunden.

Die Nationalsozialisten als „Hüter der Verfassung“.

Die Reichstagsfraktion der Nationalsozialistischen Freiheitspartei hat an den Reichstagspräsidenten Wallraf ein Schreiben gerichtet, worin sie sich mit dem Artikel 54 der Reichsverfassung auseinandersetzt und die Auffassung vertritt, daß der Währungsantrag der Mittelparteien nicht als Vertrauensklärung im Sinne der Reichsverfassung aufgeführt werden könne, daß daher die Regierung kein Recht habe, im Amte zu bleiben. Einen zweiten Protest legt dagegen ein, daß nach der Auffassung der Presse der Regierungsparteien die Abstimmung vom 6. Juni bereits die Ermächtigung enthalten soll, das Dawes-Gutachten mit allen Konsequenzen einzuführen, der die leicht erforderlichen Verfassungsänderungen anzunehmen. Wenn dabei die Deutschböhmischen die Behauptung verfechten, daß, weil mit der Durchführung des Gutachtens Verfassungsänderungen verbunden seien, auch die Annahme des Währungsantrages bereits einer Zweidrittel-Mehrheit bedürfte, hätte, so ist das ad absurdum. Die Annahme des Vertrau-

ensatzes und das Lohnblatt infolge der unzureichenden Erhöhung einmütig ab. Der Vorstand erteilt dem geschäftsführenden engeren Vorstand Generalvollmacht, in Verbindung mit den anderen Organisationen die Maßnahmen zu beschließen und durchzuführen, ob eine den heutigen Verhältnissen entsprechende Lohnerhöhung ohne Erweiterung der Spannungen in den Lohngruppen zu erreichen ist. Da die durchzuführenden Maßnahmen sich nicht allein auf die Lohnhöhe erstrecken, sondern auch wesentliche andere Streitpunkte bei dieser Gelegenheit mit geregelt werden müssen, bittet der Vorstand die von den Organisationen am Freitag, den 6. Juni, gemeinsam aufgestellten Forderungen. Außerdem weist der Vorstand der Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner auf die unzureichenden Einkommen der unteren Besoldungsgruppen hin und erwartet von der Regierung und dem Reichstag sofortige Nachprüfung und Erhöhung dieser durchaus unzulänglichen Gehälter.

In der gestrigen Konferenz der Eisenbahnerorganisationen wurde beschlossen, für die auf heute nachmittag anberaumten unterbündlichen Besprechungen mit dem Reichsverkehrsministerium Unterhändler zu bestellen, die ermächtigt werden sollen, von den früher gestellten 30 Prozentigen Lohnerhöhungsfordernungen nur unter gewissen Bedingungen zurückzugehen. Wie die Wälder weiter hören, sind für Sonntag die süddeutschen Eisenbahnerverbände nach Karlsruhe zu einer Konferenz zusammenberufen.

Besprechungen zwischen dem Reichsverkehrsminister und den Eisenbahngewerkschaften.

Berlin, 12. Juni. Heute nachmittag fand im Reichsverkehrsministerium eine Besprechung zwischen dem Reichsverkehrsminister und den Vertretern der Eisenbahngewerkschaften statt, in der die bereits bekannten Forderungen der Gewerkschaften auf Lohnerhöhung und anderweitige Arbeitszeitregelung abgelehnt wurden. Eine materielle Verhandlung fand nicht statt. Beschlüsse wurden nicht gefaßt. Die Antwort des Reichsverkehrsministers wird in der für morgen mit den Gewerkschaften vereinbarten erneuten Zusammenkunft mitgeteilt werden.

entsprechend bedeutete nur eine generelle Zustimmung des Reichstages zu der von der Regierung verfolgten Politik, dazu genügt die einfache Mehrheit. Ergibt sich im Zusammenhang mit den jetzt erfolgten Verhandlungen die Notwendigkeit, in Uebereinstimmung mit dem Sachverständigen-Gutachten die deutsche Verfassung zu ändern, so werden darüber am den Monatswechsel dem Reichstag besondere Gesetze zugehen, für die dann jeztverhandelt die bei Verfassungsänderungen erforderliche qualifizierte Mehrheit gefunden werden muß. Auch mit dem ersten Teil ihres Programmes treffen die Deutschböhmischen vor. Sie haben an sich um so weniger Recht zur Beschwerde, als der von ihnen vorgelegte Vertrauensantrag, gegen den sie jetzt stimmen wollten, doch weiter nichts als eine Verhöhnung der Verfassung war. Es ist zuzugeden, daß eine klare Interpretation der Verfassung über den Begriff des Vertrauensvotums noch fehlt, immerhin besteht doch schon seit längerer Zeit im Reichstag eine unangenehme Praxis, daß ein Währungsantrag durchaus genügt, um die Voraussetzungen des Artikels 54 zu erfüllen. Soweit wir wissen, hat es dieser Anweisung der Deutschböhmischen gar nicht bedurft, um darüber Klarheit zu schaffen. Wir nehmen an, daß der Geschäftsausschuss des Reichstages sich unmittelbar nach seinem Wiederzusammentritt mit dem Thema beschäftigen und bestimmte Grundlinien für die Behandlung von Vertrauensvoten festlegen wird. Vermutlich in der nächsten, daß nach französischem Brauch die Regierung sich von den verschiedenen vortragenden Anträgen denjenigen auszuwählen kann, der ihren Wünschen am meisten entspricht, und daß über diesen Antrag dann zuerst abgestimmt wird.

Internationaler Städtekongreß.

TU. Düsseldorf, 11. Juni. Unter dem Protektorat der Stadt Amsterdam wird die Internationale Städtevereinigung ihren 2. Städtekongreß abhalten, der sich an den Kongreß vom Jahre 1913 anschließt. Die Sitzungen finden in Amsterdam am 30. Juni und Anfang Juli statt. Die Verhandlungsgegenstände erfordern lebhaftes Interesse. Der 1. Punkt der Tagesordnung ist der Ausbau einer bereits begonnenen internationalen Städtevereinigungs-Korrespondenz aus allen Gruppen des Kommunalwesens. Der 2. Punkt betrifft die Arbeiten des Völkerverbundes auf dem Gebiete des Wohlfahrtswesens und der Hygiene. Im Anschluß an die Verhandlungen finden Studienreisen in Holland, Belgien und Deutschland statt. Freizeitlich ist, daß im Gegensatz zu anderen Kongressen, von denen man Deutschland auskloßt, in diesem Falle von Seiten der Kongreßleitung Wert auf eine rege Beteiligung Deutschlands gelegt wird.

Parteitag der Großdeutschen in Desterreich.

In diesen Tagen kamen die Vertreter der Großdeutschen Volkspartei in Klagenfurt zusammen. An führenden Männern waren unter anderen erschienen: Bundesminister Dr. Schöffel, Nationalratspräsident Dr. Dinghofer, Bundesminister a. D. Dr. Waber. Von übrigen führenden Persönlichkeiten sind den Besuchern der reichsdeutschen Parteitage Nationalrat Straßner und Grafier noch in bester Erinnerung. Von der Deutschn Volkspartei im Reich war Abgeordneter Bürger als Vertreter des Parteivorstandes entsandt worden.

Präsident Dr. Dinghofer entwickelte überzeugender Weise die Grundlinien der von der Partei verfolgten Maßnahmen. Ohne Beteiligung der Großdeutschen wäre die Sanierung der österreichischen Finanzen nie möglich geworden. Ohne Sanierung hätte Desterreich zerfallen müssen; Tschechen, Slowen und Italiener waren bereit, das deutsche Desterreich aufzuteilen. Wo wäre dann das Hauptziel aller nationalgefühnten Völkischen Deutschösterreicher, der Anschluß an die Deutsche Reich, geblieben? Nun ist die Selbstständigkeit Deutsch-Österreichs erhalten geblieben und wichtige Gesekentwürfe (z. B. Zolltarif) sind in Vorbereitung zur vollstehenden Sanierung. Ganz besonders erfreulich ist die Tatsache, daß die Großdeutschen Desterreich sich ganz als Deutsche fühlen und die Vorkämpfer in Deutschland mit einem Interesse verfolgen, als ob es sich bereits um ihr großes gemeinsames Gesamt Vaterland handelte.

Abgeordneter Bürger hatte sowohl in seiner Abend- wie in der Hauptversammlung Gelegenheit, offiziell die Größe der Deutschen Volkspartei des Reiches zu überbringen. Nach den österreichischen Zeitungsberichten führte er in einer seiner Reden u. a. aus: „Der Weg, zu dem uns Deutschen und Desterreichern gleich verheißungsvollen Ziele gleich einem stetigen Alpenpfade. Wie sich die Großdeutsche Partei in Desterreich nicht ihre machen läßt, so bleibe auch die Deutsche Volkspartei im Reich ihrer schweren Aufgabe bewußt. Da sie ebenfalls jahrelang im Schilfengraben verantwortlicher Regierungspolitik gestanden, hat sie in den letzten Wahlen Einbußen erlitten. Aber was liegt an dem Glanz und der Größe einer Partei, wo es sich um Sein und Nichtsein eines großen deutschen Volkes handelt und um eine Arbeit, deren Früchte erst die nachfolgenden Generationen genießen können. Dennoch fühle an dem Wege auch manche echte Bäume. Das beweise das Land Kärnten, in dem der Tagungsort liegt, steht. Es hat sich aus eigener Kraft in aktiver Abwehr und in der nachfolgenden Abstimmung den Charakter eines deutschen Landes bewahrt. Das beweise ebenso der Wille Hannovers in der Ablehnung neuer Kleinstaaterei und beweise weiter der Wille des Rheinlandes, jetzt und immerdar deutsch zu bleiben. Darum gelte es immer und immer wieder, den Geist deutscher Völkertreue zu töten, dann wird Deutschland leben.“

Die Ausführungen unseres Vertreters fanden stürmischen Beifall.

Bemert sei noch, daß die Deutschnationalen, Volkspartei des Reiches ebenfalls vertreten war und zwar durch Frau Dr. Brandt; ebenso hatte die Deutsche Nationalpartei Böhmens einen Abgeordneten entsandt. Auch diese Vertreter wurden lebhaft begrüßt.

Kommunistische Instruktionen.

TU. Buer, 12. Juni. Die Ereignisse in der letzten Zeit im Reich und in den Kommunen lassen deutlich erkennen, daß die Vertreter der kommunistischen Instruktionen und nach den ihnen von der Zentrale der K. P. D. vorgegebenen Richtlinien vorgehen. Die „Völkische Volkzeitung“ veröffentlicht heute Auszüge der kommunistischen Instruktionen für die neu gewählten kommunalistischen Gemeindevorstände. In diesem heißt es u. a.:

In jeder Sitzung der Gemeindevorstände und möglicherweise zu jedem Punkt der Tagesordnung müssen die Kommunisten besondere Anträge stellen. Werden kommunistische Anträge in den Kommisionen abgelehnt, so werden sie im Plenum erneut eingebracht und begründet. Werden besondere Anträge zu Gunsten der Erwerbslosen eingebracht, so ist vorher eine Versammlung der Erwerbslosen einzuberufen. Am Tage der Verhandlung im Gemeindevorstand müssen die Mitglieder der Streikenden, Aussgesperrten, Obdachlosen usw. durch die Straßen auf die Verhandlung aufmerksam machen. Die Demonstrationen sind vor der Ratshäuser zu führen, soweit durchführbar auch in die Sitzungsäle. Die politische Leitung des Ortes hat dafür zu sorgen, daß die Tribünen oder die Haupttribüne im Sitzungsaal von Proletariats besetzt sind. Jeder kommunistische Abgeordnete des Parlaments muß seinen eigenen einbringen, da er kein Gesekgeber ist, der mit anderen Gesekgebern eine Verhandlung führt, sondern ein Agitator der Partei, der ins feindliche Lager entsandt ist. Geht ein bürgerlicher Vorleser gewaltsam gegen die Kommunisten vor, so haben die kommunistischen Stellvertreter oder Schriftführer ihn daran mit allen Mitteln zu hindern. Seltigst ihnen das nicht, so werden sie ihm ihre Aemter und Schriftstücke demonstriert vor die Füße. Unsere Genossen müssen versuchen, die Gesektsordnung selbst wie möglich für ein wirksames Auftreten auszunutzen. In jeder Sitzung haben unsere Genossen sich sofort zur Gesektsordnung zu melden. Ordnungsrufe sind für den Kommunisten eine Ehre. Versteht der Vorleser, die Tribünen oder den Haupttribünen wegen Mißhaltensandungen räumen zu lassen, so fordern unsere Genossen die Tribünen zum Weiben auf. Wo Kommunisten in den Gemeindevorständen über die absolute Mehrheit verfügen, leben wir alle Aemter mit Kommunisten und führen unsere Forderungen durch.

Die Wirtschaftskrise in Polnisch-Oberschlesien.

Die Wirtschaftskrise in Polnisch-Oberschlesien erhält eine bedeutende Verschärfung. Von der Friedenshülle wurde 2500 Arbeitern gekündigt, von denen über 800 aus Deutsch-Oberschlesien stammen. Die Ballonhülle legte das Bleichalgewert still. Nach ost-oberschlesischen Blättern hat sich auch in der Kattowitzer und Lauras Hülle die Lage verschlechtert. Von 1100 bei der Lauras Hülle noch beschäftigten Arbeitern sollen nach 4-500 entlassen werden. Weiter will die Kattowitzer Hülle 2000 Arbeiter vom Untertage entlassen. Man erwartet, daß in den nächsten Tagen Handelsminister Riedern in Ost-Oberschlesien eintrifft, um sich an Ort und Stelle ein Bild von der Lage zu machen.

Herriot über seine Außen- und Innenpolitik.

Der Pariser Verleitetatter des „Daily Express“ hatte eine Unterredung mit Herriot, in der dieser erklärte: Meine Stellungnahme gegenüber England besteht darin, gemeinsam mit der Londoner Regierung die sofortige Anwendung des Dawesberichts herbeizuführen. Ich werde wahrheitsgemäß binnen zehn Tagen nach Bonn fahren. Ich werde die Politik verfolgen, die bereits allseits bekannt ist. Was Deutschland betrifft, bestreite ich eine Annäherung. Um diese zu erreichen, werden wir unser Bestes tun, um die Spannung zu beseitigen. Er sei bereit, eine Regierung zu bilden, und habe die Hilfe seiner Kollegen in der Tasche. Die Hilfe sei jedoch noch nicht vollständig; er hoffe, sie vor Ende der Woche fertigzustellen. Keiner der Sozialisten werde seiner Regierung beitreten. Das bedeute es doch nicht, daß auch nur die geringste Meinungsverschiedenheit zwischen seiner Partei und der Partei Blums bestesse. Die Sozialisten hätten ihm ihre Unterstützung zugesagt.

Die Kandidaten für die Präsidentschaft.

Es geht werden in Paris zwei Präsidentschaftskandidaten genannt, nämlich Doumergue, Präsident des Senats, und Painlevé, Präsident der Kammer. Es erscheint fast ausgeschlossen — wenn nicht eine unerwartete Spaltung im Kongreß eintritt —, daß am Freitag in der Nationalversammlung in Versailles der Kandidat der Linken gegenüber dem der Rechten eine erdrückende Mehrheit auf sich vereinigen wird.

Auch die Rechtsparteien haben sich auf einen gemeinsamen Kandidaten geeinigt. Es wurde gestern bereits eine Besprechung abgehalten. Die Namen, die am meisten genannt werden, sind Maginot, Lebrien und Barthou. Die Gerichte, daß auch Poincaré und Mirerand kandidieren würden, scheinen sich keineswegs zu bewahrheiten. Als Kandidat der Rechten wird auch Peret genannt. Seine Freunde glauben, daß er viele Stimmen des rechten Flügels und der Linksparteien auf sich vereinigen könnte und im zweiten Wahlgang unter Umständen gute Aussichten hätte.

Die kommunistische Sammlung in Berlin genossen Marx ist Nach dem Ergebnis der Wahl gewonnen. Poincaré angebracht an dem Vortage mit nehmen die Einkassierten hat in die Kandidatur der Linken

Willerand Es wird bestätigt, Departement Meur für die Kammer an Departement hat die Wahlen 70 000 Stimmen des links Kommunisten. In diesem Departement meint man, die Führung der

Eine In einer Erklärung aufschlagen i Freunde, seine Republik in der aufzulösen. Er nehmen, wenn sie kanfischen Union die eile des Landes an sich notwendig er

Russisch TU. Moskau, 1. schen Sowjet-Russland treffs Unterdrückung mehr durch eine R dieser Note erklärt Nichtbeantwortung durch die polnische titels 7 des Minner gen das Vorgehen entschiedene protekt

Kanada

cca. Ottawa, 11. haushaltung erklärte Kanada augenblicklich Erfens der vollkomm Anschlag an die W einem genau formu selbständiger Staat anerkannt wird. Auf diese drei Mdaß die englische N einen Vertrag zu Verpflichtungen auf gefordert worden sei zuzunehmen. Kanada es auf der Laufame treten gemein sei. führte weiter aus, bische Parlament nicht trug auszuweisen. habe, das kanadische auf Kanada erfolgte Der Justizminister e tionen, aus denen Gleg bel allen Gleg Dominien mächten u daß dem ganzen Br erlese, da Kanada andres sein könne sich bis zum Morgen für auswärtige Ang

Kleine von

Einberufung Der Vorleser Reichstages, Abgeord der „Vorwärts“ mit Reichsregierung den Juni, vormittags 12. ordnung steht die achtens, der allgem gen und der deutse

Zusammentritt Der preußische einem neuen Tagun tung stehen außer U über die Vereinfachg entworfen über die R tungsbehörden der Gesehtsurz zur entwurfs

Sommerfahr

Die Reichsmar Kreuzer, 2 Zorpede kleineren Fahrzeug Winterausbildung diese, wie in den S und Erholung nach Linienfahrte „Braun gehen nach Spania „Berlin“ vom Amazone“ und die stamblinabfahre u beschreiben freunde Nachbarländern me „Berlin“ wird um die Canarischen In Desterreichische Gif

Wie die Wiener ergebnis der im Minister Schöffel in vollstehende deutsche reichlicher und freim Millionen Kronen. Presse allen, welch Sifikation beiträge selbst, die sich über der Sache stellte.

Ratiff

Nach einer Mitlung der Nobelen für Paful und (Polamien)-Vertrage Minde Dem Deutschen telegraphische Nach Parlament soeben großer Spannung kulturelle Selbstver der Minberheiten 2. und 3. Verjuna

Die Kommunisten werden bei der Nationalversammlung in Versailles sämtlich für ihren Parteigenossen Marjy stimmen.

Nach dem Ergebnis der Besprechung der Parteiparteien gedenken gestern Abend die Mitglieder einer Wahl Doumergues zum Präsidenten immer mehr an Boden. Die demokratische Linke, welche Doumergue angehört, hat bekanntgegeben, daß sie an dem Vorkongress nicht teilnehmen wird. Damit nehmen die Aussichten Painlevés ab. Das Einverständnis hat in einer Ausschußsitzung beschlossen, die Kandidatur Painlevés als offizielle Kandidatur der Linkspartei zu erklären.

Millerand Kandidat für die Kammer.
Es wird bestätigt, daß Millerand sich in dem Departement Meurthe et Moselle als Kandidat für die Kammer aufstellen lassen wird. In diesem Departement hat der Block national, bei den letzten Wahlen 70 000 Stimmen erhalten gegenüber 20 000 Stimmen des Einheitsblocks und 10 000 Stimmen der Kommunisten. Die Wahl Millerands erscheint in diesem Departement also sicher. In der Kammer meint man, daß Millerand, einmal gewählt, die Führung der Opposition übernehmen wird.

Eine Erklärung Doumergues.
In einer Erklärung, die Doumergue im Senat anbringen ließ, bittet er seine politischen Freunde, seine Kandidatur zur Präsidentschaft der Republik in der vorläufigen Versammlung nicht aufzugeben. Er könne die Kandidatur nur annehmen, wenn sie zur Verwirklichung der republikanischen Union dienen sollte, welche er im Interesse des Landes und der Republik für unumgänglich notwendig erachte.

Russischer Protest in Polen.
TU. Moskau, 11. Juni. Der Notenwechsel zwischen Sowjet-Rußland und der polnischen Regierung betreffend Unterdrückung von Minderheiten in Polen ist nunmehr durch eine Note Litwinski abgebrochen. In dieser Note erklärt die Sowjet-Regierung, daß sie die Nichtbeachtung der berechtigten Ansprüche der Minderheiten durch die polnische Regierung als Verletzung des Artikels 7 des Rigaer Vertrages betrachte und daß sie gegen das Vorgehen der polnischen Regierung auf das entschiedenste protestiert.

Kanada gegen England.
Ottawa, 11. Juni. In der gestrigen Unterhaus-Sitzung erklärte der kanadische Premierminister, daß Kanada ausnahmsweise drei Möglichkeiten gegenüberstehe. Erstens der vollständigen Unabhängigkeit, zweitens dem Anschluß an die Vereinigten Staaten und drittens einem genau formulierten Vertrag, daß Kanada als selbstständiger Staat im Rahmen des britischen Reiches anerkannt wird. Der britische Premierminister ging auf diese drei Möglichkeiten ein und wies darauf hin, daß die englische Regierung Kanada aufgefordert habe, einen Vertrag zu Rate zu ziehen, der ihm bestimmte Verpflichtungen auferlege, während es noch nicht aufgegeben worden sei, an den Verhandlungen teilzunehmen. Kanada habe nicht einmal geantwortet, daß es auf der laufenden Konferenz Lord Curzon vertreten gewesen sei. Der kanadische Premierminister führte weiter aus, daß der Grund, weswegen das kanadische Parlament nicht ersucht worden sei, diesem Vertrag zuzustimmen, der sei, daß man die Auffassung habe, daß kanadische Parlament würde die in Bezug auf Kanada erfolgte Vorgangsweise nicht durchhalten. Der kanadische Premierminister erklärte, daß die Gleichheit der Nationen, aus denen sich das britische Reich zusammensetze, sich bei allen Gelegenheiten verhalten müsse. Alle Dominien müßten um jedes Dokument befragt werden, daß dem ganzen britischen Reich Verpflichtungen auferlege, da Kanada eine Schwermaterie sei und nichts anderes sein könne. Die Debatte im Unterhaus behnte sich bis zum Morgen aus und wurde dabei das Budget für auswärtige Angelegenheiten angenommen.

Kleine politische Mitteilungen.
Einberufung des Auswärtigen Ausschusses.
Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Reichstages, Abgeordneter Hermann Müller, hat, wie der „Vorwärts“ meldet, im Einberufen mit der Reichsregierung den Ausschuss auf Dienstag, den 17. Juni, vormittags 10 Uhr, einberufen. Auf der Tagesordnung steht die Beratung des Sachverständigenausschusses, der allgemeinen Handelsvertrags-Verhandlungen und der deutsch-polnischen Beziehungen.

Zusammentritt des preussischen Staatsrats.
Der preussische Staatsrat tritt am 16. Juni zu einem neuen Tagungsabschnitt zusammen. Zur Beratung stehen außer kleineren Vorlagen der Gesetzentwurf über die Vereinfachung der Verwaltungen, der Gesetzentwurf über die Regelung der Kosten für die Verwaltungsbehörden der evangelischen Landeskirche und der Gesetzentwurf zur Änderung des Stempelsteuergesetzes.

Sommerfahrten deutscher Kriegsschiffe.
Die Reichsmarine hat bis jetzt 3 Linienschiffe, 5 Kreuzer, 2 Torpedobootsflotten und eine Reihe von kleineren Fahrzeugen in Dienst. Nach Abschluß der Winterausbildung und Geschichtsbesichtigung werden diese, wie in den Sommermonaten üblich, zur Belegung und Erholung nach ausländischen Häfen entsandt. Die Linienschiffe „Braunschweig“, „Elis“, und „Hannover“ gehen nach Spanien, wo der Besuch des Kreuzers „Berlin“ vom Anfang d. N. nach in bester Erinnerung ist. Die Kreuzer „Tietz“, „Danzburg“, „Medusa“, „Amazona“ und die beiden Torpedobootsflotten werden nach Kanarien und baltische Häfen aufbrechen, um die bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zu unseren Nachbarländern weiter zu pflegen. Der Schulkreuzer „Berlin“ wird zum Herbst zu Ausbildungszwecken über die Kanarischen Inseln nach Westindien gehen.

Deutscherische Hilfsstätigkeit für deutsche Schriftsteller und Künstler.
Wie die Wiener Blätter melden, betrug das Gesamtergebnis der im Oktober vorigen Jahres vom Bundesminister Schurr in Wien geleiteten Hilfsaktion für notleidende deutsche Schriftsteller und Künstler in österreichischer und fremder Währung mehr als vierhundert Millionen Kronen. Minister Schurr dankte in der Presse allen, welche durch Spenden zum Erfolg der Hilfsaktion beitrugen, insbesondere aber der Presse selbst, die sich überaus entgegenkommend in den Dienst der Sache stellte.

Ratifikation des Handelsvertrages.
Nach einer Meldung aus Bagdad hat die Versammlung der Parlamenten die Ratifizierung des zwischen Kaiser Franz Josef und England abgeschlossenen Handelsvertrages abgelehnt.

Minderheitsfrage in Island.
Dem Deutschen Schutzbund wurde aus Reval die telegraphische Nachricht übermittelt, daß das isländische Parlament in seiner 1. Sitzung das seit langem mit großer Spannung erwartete Gesetz über die völlige kulturelle Selbstverwaltung und die Selbstbestimmung der Minderheiten angenommen hat. Die Annahme in 2. und 3. Lesung wurde einstimmig beschlossen. Mit diesem Gesetz

ist ein bedeutungsvoller Schritt für die Erhaltung des isländischen Deutschtums und für die Fortentwicklung der gesamten Minderheiten getan.

Soziales.

Keine Kündigung des Tarifs durch die Bergarbeiterverbände.

TU. Essen, 12. Juni. Die heute in Essen verbreitete Meldung, daß die Bergarbeiterverbände die Tarifbestimmungen und Tarifhöhe zum 30. Juni gekündigt hätten, trifft, wie wir erfahren, nicht zu.

Sozialpolitische Forderungen des Gewerkschaftsbundes der Angestellten.

Dem neuen Reichstage ist eine Eingabe überreicht worden, in der der G. D. V. (Gewerkschaftsbund der Angestellten) nachfolgenden 9 wichtigsten Forderungen aufstellt:

1. die Arbeitszeitverordnung vom 21. Dezember 1923 möglichst unverzüglich durch regelrechte Arbeitszeitgesetze für Angestellte und für Arbeiter zu ersetzen;
2. die Schlichtungsordnung vom 30. Oktober 1923 unter Anlehnung an den Schlichtungsausschuß vom 11. März 1922 ebenfalls alsbald durch ein Gesetz abzulösen;
3. an die Stelle der durch die Verordnung vom 30. Oktober 1923 geschaffenen vorläufigen Arbeitsgerichte schnellstens durch ein Arbeitsgerichtsgesetz nach dem Vorbild des ebenfalls dem Reichswirtschaftsrat vorgelegten aber zurückgezogenen Arbeitsgerichtsgesetzes vollwertige Arbeitsgerichte treten zu lassen;
4. die Erwerbslosenfürsorge unter Anlehnung des Grundgesetzes freier Selbstverwaltung und demgemäß Übertragung der Durchführung der Versicherung auf freie Organisationen der Beteiligten, insbesondere die Gewerkschaften, zu einer regelrechten Arbeitslosenversicherung umzugestalten;
5. die Vorschriften der dritten Steuernverordnung über die Einkommensteuer zu streichen bzw. dahin zu ändern, daß die Differenz zwischen der unter Berücksichtigung der Einkommenssteigerung der Arbeitnehmer festzusetzenden tatsächlichen und der den Hauseigentümern zuzurechnenden Miete durch Finanzierung von Baurechtsvereinigungen oder dergleichen in vollem Umfang zur Behebung der Wohnungsnot Verwendung findet;
6. die Vorschriften der Personalabgabenverordnung vom 27. Oktober 1923 über die Übernahme von Pensionsleistungen (Artikel 10) durch Beteiligung der Einrichtung des künftigen freien Privateinkommens (§ 1 Abs. 2) wirksamer zu gestalten;
7. die Verordnung über Ausreisefreiheiten vom 3. April 1924 aufzuheben oder aber durch ein direktes Ausreiseverbot mit der Möglichkeit der Gewährung von Ausnahmen in Notfällen zu ersetzen;
8. die mit Ende 1922 abgelaufene Geltungsdauer des § 336 des Angestelltenversicherungsgesetzes zur Vermeidung durch den Krieg hervorgerufenen Härten um 5 Jahre zu verlängern;
9. den § 70 des Betriebsrätegesetzes dahin zu ändern, daß sich die Mitwirkung von Betriebsratsmitgliedern nicht nur auf den Aufsichtsrat, sondern auch auf etwa neben ihm bestehende andere Aufsichtsratsähnliche Organe erstreckt, daß ferner die Betriebsratsmitglieder an der gesetzlich festgesetzten Organe zu beteiligen sind, daß sie vor allem auch in allen Ausschüssen Sitz und Stimme haben und daß schließlich Maßnahmen, die geeignet sind, die Gleichberechtigung zu beseitigen oder einzuschränken, nichtig sind.

Diese Eingabe ist auch allen Fraktionen sowie dem Reichsarbeitsministerium mit eingehender Begründung ausgestellt worden.

Aus der Kranken-Versicherung.

Uns wird geschrieben:
Die Neugestaltung der Sozialversicherung wird eine der ersten und wichtigsten Aufgaben des neuen Reichstages sein. In den Kreisen der Beteiligten steht schon lange im Vordergrund der Erwägungen. Niemand wird das überaus segensreiche Wirken der deutschen Sozialversicherung verkennen wollen; dennoch aber hat der ungeheure Währungsverfall des vergangenen Jahres mit aller Deutlichkeit gezeigt, daß es der Sozialversicherung, insbesondere der Krankenversicherung, an der nötigen inneren Kraft gebricht. Ohne den starken Abbau der Leistungen gerade in der größten Notzeit und ohne die währungsgefährlichen Millionenkredite aus der Rentenpresse, die völlig entwertet zurückgekauft wurden, könnte sie überhaupt schon zurückgekauft sein. Hätte die Sozialversicherung und hätten insbesondere die Ortskrankenkassen wohl kaum in die Gegenwart hinübergerettet werden können.

In den Auseinandersetzungen über die Ursachen der Schwächen und darüber, wie die Sozialversicherung neu gestaltet werden soll, finden sich, abgesehen von einigen Änderungen hervorragender Sachverständiger, auffallend wenige brauchbare Gedanken. Die meisten Feststellungen erschöpfen sich in längst widerlegten Behauptungen. Den eigentlichen Kern der Frage behandelt die schon vor längerer Zeit erwähnte Schrift des Reichstagsabgeordneten Tietz „Gegen die Versteinerung der Sozialpolitik“. In der Schrift heißt es u. a.:

„Wir brauchen die soziale Selbstverwaltung als neues sozialpolitisches Prinzip! Wir müssen herabfallen von der Entfaltung der Sozialpolitik. Soziale Selbstverwaltung ist nur möglich in enger Anpassung an die Eigenarten des Wirtschaftslebens und der vorhandenen wirtschaftlichen Organisationen der Beteiligten. Denn diese gilt es, soweit als möglich nutzbar zu machen, weil in ihnen die Seele der Beteiligten lebt und in Zukunft leben wird.“

Seit Jahrzehnten sind die Erbklassen der Angestellten nach den Grundrissen der freien Selbstverwaltung in enger Anlehnung an die Berufsverbände mit großem Erfolg tätig. So haben die Krankenkassen des Gewerkschaftsbundes der Angestellten und eine Reihe anderer Klassen aus eigener Kraft die schlimmste Zeit der Vergangenheit überstanden, die Krankenkassen des Gewerkschaftsbundes sogar, ohne ihre Leistungen einschränken zu müssen. Bei allem leisten diese Klassen seit jeher mehr als die Beamtenrenten. 800 000 Erbklassenmitglieder unterstützen der Aussicht einer kleinen Abteilung des Reichsausschusses für Privatversicherung, einer modernen, nach kaufmännischen Grundsätzen aufgezogenen Behörde. Die Mitglieder der Erbklassen stehen in einem Vertrauensverhältnis zu ihren Klassen.

Der neue Reichstag wird, trotz der großen außenpolitischen Fragen, die im Vordergrund stehen, an der Neugestaltung der Sozialversicherung nicht vorbeigehen können und die von den Angestelltenverbänden geäußerten Anregungen berücksichtigen müssen.

Beste Sozialnachrichten.

Wirtseverein von Bochum und Umgebung. G. B. I. Gestern nachmittag fand bei dem Kollegen Otto Burdhardt, Schönhof, die Junierversammlung statt. Zu derselben hatten sich die Kollegen, insbesondere auch die Damen, recht zahlreich eingefunden; galt es doch, an diesem Tage auch die Jubilare zu ehren, die dem Verein ununterbrochen 25 Jahre angehören. Nicht vergessen wurde auch, wie dieses im Bochumer Wirtseverein ein stets lebendiges, das treu dienende Personal zu ehren.

Die Versammlung wurde vom 2. Vorsitzenden, Kollegen Knepper, mit einer herzlichsten Begrüßungsansprache eröffnet. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung das Andenken des verstorbenen Kollegen Tietzmann. Im Verlaufe der Beratungen wurde die Frage der Beitragsanpassung näher erörtert. Eingeführt werden muß ein einheitlicher Satz in allen Gemeinden. Ein Dringlichkeitsantrag an den Magistrat ist vorgelegen. Mit dem einzelnen Parteiführer für die Jubilare genommen werden. In alle Anwesenheiten wurde die Mahnung gerichtet, dafür Sorge zu tragen, daß die einzelnen Lokale den Wirtsevereinsbetrieb nicht vor 8 Uhr eröffnen werden. Die zu verhängenden Strafen sind streng; es erfolgt unter Umständen die Konfessionseinstellung. Die Kollegen wurden weiter darauf hingewiesen, daß Plakate nicht ohne Stempel des Wirtsevereins in den einzelnen Lokalen ausgehängt werden dürfen. Für die Honorarverhältnisse ist eine neue Satzung entworfen und angenommen worden. Sie tritt mit dem 1. Juli in Kraft und steht in ihrer Fassung eine begrenzte Zeit vor. Eine Reihe von Aufnahmen wurden einstimmig getätigt. Für die Unterstufungskasse wurde ein ansehnlicher Betrag gestiftet.

Im Anschluß an den geschäftlichen Teil fand dann die Auszeichnung und die Ehrung der Jubilare statt. Geschäftsführer Hauptmann verlas die Liste der Jubilare. Es waren dies: Karl Wöhner, Bochum; W. Wöhner, Hamm; Josef Dohlfuss, Bochum; Karl Döhle, Bochum; Fritz Eickhoff, Bochum; Fr. Hude, Bochum; W. Dohler, Bochum; Karl Kamp, Dae; Gust. Pelmer, Dae; W. Wöhner, Bochum. In einer feierlichen Ansprache warf Kollege Knepper einen Rückblick auf die Zeit vor 25 Jahren. Mit einem herzlichsten Glückwunsch wurde den Jubilaren ein kostbares Diplom überreicht. Im Namen der Jubilare dankte Kollege Wöhner, Wöhner-Hamme, herzlich die Worte des Glückwunsches waren es gleichfalls, die Herr Knepper an die Treue der Jubilare zu ihrem Ehrentage richtete. Mit einem herzlichsten Segenswunsch wurde dann den folgenden Jubilaren ebenfalls ein kostbares Diplom mit Namen überreicht: Gertrud Wöhler, Therese Lude, Wilhelmine Wöhler, Franziska Sagen, Hedwig Peter, Hedwig W. Gertrud Wöhler, Luise Claus, Hedwig Wöhler, Fritz Wöhler, Wilhelm Wöhler, Heinrich Wöhler, Olga Haas, Emma Springemann, Fritz Koch. Im Namen der Jubilare dankte Fritz Wöhler in feierlichen, herzlichsten Worten.

Mit einem gemeinsamen Kaffee erreichte die Versammlung ihr Ende.

Verhaftung einer gefährlichen Einbrecherbande.

Der Anführer in Bochum festgenommen.

Essen, 13. Juni. Die Kriminalpolizei hat eine Einbrecherbande der gefährlichsten Art unschädlich gemacht, die geraume Zeit hindurch eine Anzahl Städte des besetzten und unbesetzten Gebiets durch die verwegenen Einbruchsdelikte

unsicher gemacht hat. Den ganzen Winter dieses Jahres hatten fast alle Städte des rheinisch-westfälischen Industriegebiets auffallend stark unter Einbrüchen in Villen zu leiden. Außer Dortmund, Bochum, Gelsenkirchen und anderen Städten wurden besonders die Villenviertel in der Essener Vorstadt Breiten und die vornehmen Wohnviertel am Faunmannsberg und am Berneiswäldchen häufig von Einbrechern heimgesucht. Die Essener Kriminalpolizei stellte im Laufe der Zeit an Hand der zurückgelassenen Fußspuren fest, daß alle diese Einbruchsdelikte von ein und derselben weitverbreiteten Einbrecherbande verübt wurden. Die in den anderen Städten des Industriegebiets gemessenen Einbrecherfußspuren hatten das gleiche Ergebnis. Zu den Villeneinbrüchen gesellten sich zahlreiche Einbruchsdelikte, die in den Geschäftshäusern ausgeführt wurden. Vor einigen Wochen gelang es, den Anführer der Bande in den erst 21 Jahre alten Johannes Hinrichs zu ermitteln. Die Polizei war dem gefährlichen Einbrecher, der sich in Essen aufhielt, ständig auf den Fersen. Nichtsdestoweniger fehlte der verwegene Dursche allmählich seine Raubfahrten fort. Wehrlos hatte die Polizei das Haus umstellt, in dem der Einbrecher sich aufhielt, aber jedesmal verlor er sich über die Dächer der Häuser. Vor etwa 14 Tagen war der Einbrecher plötzlich aus Essen verschwunden, nachdem inzwischen zwei andere Mitglieder der Einbrecherbande von der Polizei nach gefährlichen Zwischenfällen dingfest gemacht waren. Es fand dies ein gewisser Nikolaus Koch und der angebliche Raubmann Franz Fischer, zwei gefährliche Ein- und Ausbrecher, die bis zu 18 Jahren Zuchthaus hinter sich haben. Ferner wurde in Köln ein viertes Mitglied der Bande, ein gewisser Hermann Kohl bei einem Villeneinbruch verhaftet, der aus dem Zuchthaus in Werden ausgebrochen ist und unter dem französischen Namen Pierre Dubois auftrat. Dann ermittelte die Kriminalpolizei, daß der Anführer der Bande, Johannes Hinrichs, sich seit seiner Flucht aus Essen in Bochum aufhielt. Dieser Tage begab sich eine Abordnung Essener Kriminalbeamten nach Bochum und überumwallte den Einbrecher in einem Lokal in der Nähe des Bahnhofs, wo er sich eben mit zwei Frauenpersonen aufhielt. Außer diesen vier Hauptmitgliedern konnten bislang weitere Mitglieder der Einbrecherbande nicht ermittelt werden. Die verhafteten Einbrecher gehören zu den schwersten Verbrechern des rheinisch-westfälischen Industriegebiets. Die Bande dehnte ihre Raubfahrten bis nach Hamburg, Berlin und Breslau aus. Sie arbeitete mit den vollkommensten technischen Einbruchswerkzeugen und mit Wettaubungsmitteln. Zahllos sind die Diebstähle, die der Bande zur Last fallen. Der Einbrecher Hinrichs machte gestern nach einem Ausbruchversuch im Gefängnis. Als die Beamten früh morgens die Zelle betreten, entdeckten sie, daß der gefährliche Dursche bereits eine Eisenkugel vor dem Zellenfenster durchgeschlagen hatte. Mehrere Einbruchdelikte, die von der Bande in Bochum verübt worden sind, konnten seit der Verhaftung der Einbrecher bereits aufgefahrt werden.

Letzte Drahtmeldungen.

Sitzung des Reichskabinetts.

w. Berlin, 12. Juni. Das Reichskabinett genehmigte heute den Entwurf einer Änderung des Reichswahlgesetzes. Die Frage der Auslandsreisegeldern wird in einer Sonder Sitzung des Kabinetts zu Beginn der nächsten Woche besprochen werden, da sie nicht zu trennen ist von der Währungs- und Kreditfrage, die im Zusammenhang hiermit durch den Präsidenten der Reichsbank eingehend dargestellt werden wird. Fiskalische Absichten werden bei der Frage der Aufrechterhaltung der Ausreisegeldern wie bisher vollkommen außer Betracht bleiben.

Das neue Reichswahlgesetz.

w. Berlin, 13. Juni. Zum Beschluß der Reichsregierung betr. die Änderung des Reichswahlgesetzes ist ergänzend mitgeteilt: Das Reichskabinett hat beschlossen, einen bereits früher genehmigten Entwurf betr. Einführung kleinerer Wahlkreise nunmehr im Reichstag einzubringen. Die Parteien sollen sich an den Kosten der Stimmzettel beteiligen.

Die Geschäftsaufsicht.

w. Berlin, 13. Juni. Der Reichsrat nahm in seiner heutigen Sitzung einen Gesetzentwurf an, wonach die Reichsregierung mit Zustimmung des Reichstags zur Änderung der Verordnung über Geschäftsaufsicht ermächtigt wird, und erklärte sich mit dem vom Reichskabinett hierzu gefassten Beschlusse einverstanden. Nach der neuen Verordnung, die sofort veröffentlicht werden wird, kann auf Anforderung die Geschäftsaufsicht verlangt werden. Die Geschäftsaufsicht ist fortan ohne weiteres aufzuheben, wenn in einer Gläubigerversammlung die Mehrheit der Gläubiger die Aufhebung wünscht.

Nach der völligen Ablehnung in Bayern.

w. München, 12. Juni. Die auf heute verschobene interfraktionelle Sitzung, in der zwischen den Vertretern der Bayerischen Volkspartei, der Deutschen Nationalen sowie des Bauernbundes einerseits und des Völkischen Blocks andererseits die Frage der Koalitionsbildung weiter besprochen werden sollte, ist abgelaufen worden, nachdem der Völkische Block erklärt hatte, daß er an den Besprechungen nicht mehr teilnehmen werde. Die Initiative zu weiteren parlamentarischen Verhandlungen über die Frage der Koalitionsbildung hat jetzt wieder die Bayerische Volkspartei übernommen. Unter Vorbehalt des Abg. Heß werden morgen die Führer der bisherigen Koalitionsparteien mit denen der Bayerischen Volkspartei, der Deutschen Nationalen und des Bauernbundes zu Besprechungen zusammenzutreten.

Painlevé Präsidentschaftskandidat.

Paris, 12. Juni. An der Abstimmung in der Vollversammlung der linksstehenden Parteien zur Aufstellung eines Kandidaten für die Präsidentschaft der Republik haben 475 Deputierte und Senatoren teilgenommen. Das Ergebnis der Wahl ist folgendes: Kammerpräsident Painlevé 306 Stimmen, Senatspräsident Doumergue 149 und Poincaré eine Stimme; weisse Zettel 19.

w. Paris, 13. Juni. Eine Abordnung der Gruppen der Linken hat sich nach Beendigung der Verhandlungen des Kongresses der Linken an dem Senatspräsidenten Doumergue ergeben und ersucht ihn, augustin Painlevé als die Kandidatur für die Präsidentschaft zu verzichten. Doumergue erwiderte, er habe keinen Verzicht auszusprechen. Wenn jedoch ein reaktionärer Kandidat aufgestellt würde, werde er natürlich zugunsten des republikanischen Kandidaten verzichten.

Zweite Sitzung des Völkerbundesrates.

w. Genf, 12. Juni. Der Völkerbundsrat genehmigte heute in seiner zweiten öffentlichen Sitzung den Bericht über die Tätigkeit des Wirtschaftsausschusses des Völkerbundes und den Bericht über das Finanzgehehen des Völkerbundes, wobei festgestellt wurde, daß der Haushalt einen Ueberschuß von 2 277 855, 50 Franken aufwies, ferner verschiedene Berichte des Oberkommissars Ransen über das Hilfswort des Völkerbundes zu Gunsten der griechischen, armenischen und russischen Flüchtlinge. Was letztere betrifft, schlägt Ransen vor, die weitere Erleichterung der Fragen über Auswanderung und Heimtransport vom 1. Jan. nächsten Jahres ab dem internationalen Arbeitsamt zu übertragen. In seinem Bericht spricht Ransen der deutschen Regierung den Dank dafür aus, daß sie sich bereit erklärt habe, das Regime der Ransen-Pässe auf fast alle russischen Flüchtlinge auszuweiten. Nachdem der Völkerbundsrat noch einen Untersuchungsausschuß zur Prüfung der Minderheitenpetitionen ernannt hatte, vertagte er die öffentliche Sitzung auf Samstag vormittag und trat zu einer Geheim Sitzung zusammen.

Die albanische Hauptstadt wieder in den Händen der Regierung.

w. Paris, 13. Juni. Nach einer Genoa-Meldung aus Skutari hat die Regierungskräfte reguläre Armeen Albanien wieder eingenommen. Der Oberbefehlshaber hat Anweisung gegeben, Ahmed Bey, der mit einer Anzahl von Anhängern geflüchtet ist, festzunehmen. Bis zur Bildung eines neuen Kabinetts, das in Skutari seinen Sitz zu nehmen gedenkt, sind drei Obersten der regulären Armeen mit der Leitung der Geschäfte beauftragt worden. Aus Durazzo wird die Ankunft zweier englischer Kriegsschiffe gemeldet. Ein englischer und ein amerikanischer Zerstörer liegen bereits im Hafen.

Der ehemalige rumänische Gesandte in Berlin. w. Bukarest, 12. Juni. Der frühere rumänische Gesandte in Berlin, Mediman, ist am Dienstag auf seinem Gut in Dörche bei Kronbach (Siebenbürgen) im Alter von 79 Jahren an Schlaganfall gestorben.

Russische Eier für Deutschland.

w. Hamburg, 12. Juni. Wie die Abendblätter berichten, brachte ein von Petersburg kommender russischer Dampfer eine Ladung von über vier Millionen russischer Eier nach Hamburg.

Coolidge republikanischer Präsidentschaftskandidat.

w. Cleveland, 13. Juni. Coolidge ist vom republikanischen Konvent zum Präsidentschaftskandidaten gewählt worden. Bei der Abstimmung entfielen 1065 Stimmen auf Coolidge, 34 auf Raffenloft und 20 auf Senator Johnson. Dann wurde die übliche Entschließung angenommen, die die Aufstellung Coolidges zu einer einstimmigen machte.

Verantwortlich: Für Politik, Feuilleton, Lokales und Handel: Ernst Sente; für Sport und Beste Nachrichten: I. W. Ernst Sente; für Provinzialles, den übrigen Textteil und „Feuilleton“: Julius Schwind; für Inserate und Ankündigungen: E. G. Wolff, sämtlich in Bochum.

Die heutige Nummer umfasst 8 Seiten.



In unserer Putz-Abteilung: 6 Serien Damen-Hüte

3 Serien garnierte Damen-Hüte

ohne Rücksicht auf
den bisherigen
Verkaufspreis.

Serie I

4⁹⁰

Serie II

7⁹⁰

Serie III

12⁵⁰

3 Serien ungarnierte Damen-Hüte

ohne Rücksicht auf
den bisherigen
Verkaufspreis.

Serie I

1⁵⁰

Serie II

4⁵⁰

Serie III

8⁵⁰

Original Modell-Hüte und eigene Modelle mit einem Rabatt von **50% !!**

Tonhalle

Fox-Filme
umspannen den Erdball!

Wir beehren uns heute Freitag
dazubieten:

Tom Mix

in dem großen Fox-Film:
Der Herr der Steppe

Eine Schilderung echter Wild-
West-Romantik aus dem Leben der
Cowboys in 6 fabelhaft aufgenom-
menen Akten.

Wer ist Tom Mix?
Amerikas tollkühnster Reiter
Kaliforniens verwegener Cowboy
Der Mann mit dem Kinderherzen
und der Eisenfaust.

Tom Mix, Amerikas berühmtester
Cowboy, Kaliforniens verwegener
Reiter, ein Mann der Lassowerfen
und schießen kann wie kein zweiter
in Colorado, und trotz aller Rauheit
ein Gentleman, dessen natürliches
Spiel, dessen Liebenswürdigkeit und
kraftvolle Männlichkeit im Verein
mit seinen tadelhaften Leistungen
sich ebenso schnell die Herzen des
deutschen Publikums erobern wird,
wie es in der ganzen Welt bisher
geschah. Aus Fabelhafte aber er-
reizen die Leistungen seines Hengstes
„Tom“, der, von der Natur mit einer
fast übernatürlichen Klugheit aus-
gestattet, seinen Herrn und Meister
Tom Mix durch ein fast unglaublich
zu nennendes instinktives Mitspiel
unterstützt.

Dazu:
Der Schatz

Ein Spiel um Gold und Liebe nach
der Novelle von R. H. Bartsch in
5 Akten.

Aus dem humo-
ristischen Teil:
**Löwen im
D-Zug**
Groteske in 2 Akten.

Wissenschaftl.
Teil:
**Raubritter
des Meeres**
Auff. v. d. biolog.
Anstalt in Helgoland.

**Landesbaugewerkschule
Holzminden.**

Beginn des Wintersemesters 14. 10. 34.
Auskunft kostenlos. Tiefbau.

Klavier-Reparaturen

Beilagen, Besetzungen,
Stimmungen
auf 3 Monate Zieh.
Lagersämtlicher Bestandteile für Piano,
Flügel und Harmonium.

Kuenemann, Allee 55.

SIL
Das prachtvollste Schneeweiß
zeigt jede Wäsche, die mit SIL behandelt ist.
SIL Henkel's beliebtes Bleich- und Waschmittel
als Zusatz zur Seifenlauge gebraucht, ersetzt die umständliche Rasenbleiche.
— OHNE CHLOR —

Vollständig renoviert!
**Restaurant
Müllers Bierstuben**
(Musikfreies Lokal)
Hohe, luftige, kühle Räume in neuer Ausstattung.
Reichlicher, kräftiger Mittagstisch
Suppe, Fleisch, Gemüse, Kartoffeln u. Dessert 1.00 Billion.
Besonders reichhalt. Abendkarte
Portionen von 0.60 Billion an.
1/2 Liter Bierausschank
zum Einheitspreis für sämtl. Biersorten
1/2 Liter 0,50 Billion - Mk.
Moderne Konferenz-, Klub- u. Versammlungsräume

Franz Bombolowski
Holzhandlung
Bochum, Bierhausstraße 82-88 Fernruf 4059 u. 2954

Großes Lager in:
Bauholz u. Fußbodenbretter, Fichten, Kiefern,
Eichenblockware, Bord, Dielen und Latten.
Material für Gartenzäune.
:: Zweigniederlassung: Liebenzell im Schwarzwald ::

Garten - Wirtschaft
zur Herrenlinde

Besitzer Joseph Fritz
Telefon 168, Amt Hattingen

Angenehmer Familien-Aufenthalt.
**Sonntag-
Nachmittag - Konzert**

Vereine und Gesellschaften
bestens empfohlen.
Dortmunder Biere Guter Kaffee

Hausfrauen verlangt



Feinste westfälische
Molkereibutter
in Pfund-Paketen
per Pfund 1.70 Mk.
empfiehlt
A. Barenberg
Rottstr. 8-10. Fernspr. 244.

Leinöl
Sämtl. Farben und Lacke
stets zum billigsten Tagespreis.
Lackfarbe
1/4 kg. Büchse 1,200 Bill.-Mk.
C. Bohlmann
Kortumstr. 4.

Die sorgfältige Druck-
arbeit für die Geschäfts-
welt bei **Wilh. Stumpf**
Kommandit-Gesellschaft, Bochum

Städtisches Orchester Bochum.

Heute Freitag, 13. Juni, abends 8 Uhr im Stadtpark
Abendkonzert

Werke von Weber, Goldmark, Wagner, Sibelius, Rubinstein und
Brahms. — — — — — Leitung: **HANSTREICHER**.
Das Konzert findet nur bei günstiger Witterung statt.

Welt-Lichtspiele
am Hauptbahnhof.

Ab Heute
zeigen wir das amerikanische Groß-Lustspiel

Fräulein Gernegroß
Eine Backfischgeschichte mit furchterlichem
Ausgang. In der Hauptrolle **Viola Dana**.

Ferner
Die Falle des Canadiers

Ein Film aus dem wilden Westen
In der Hauptrolle **Beverly Baine**.

Dazu
Jolly Bill
der Deutsche Chaplin in
Jolly Bill u. die Schmuggler

**Grammophon-Platten
und Gramola**
in unerreichter Auswahl.
Besuchen Sie meinen Vor-
spielraum ohne jeden
Kaufzwang.
A. Wolters Friedrichstraße 9.

Gute Betten preiswert!

Mein Daunenbett „Frauenstolz“ ist gesetzlich geschützt.

Reinigung gebrauchter Betten
fachgemäß und billig. **Lindaus Betten-Spezial-Haus Humboldtstr. 2** gegenüber Möbelhaus
Schneewind

Trotz sehr günstigen Einkaufs habe ich meine
Preise ganz bedeutend herabgesetzt.

Bochum

Nachdruck unserer C
Ausgabe nach m

**Wiedereinstellung
verfe**

Das Landesar

Münster, teilt uns

Durch Erlass

ningen vom 31. 3. 30.

3. Jahrgang Nr. 2

Nichtlinien für die

wordenen Beamten

des bestimmt wird

Bei etwaigem

fern nicht nach ih

Nachrichten entgegen

der eigenen oder e

ziehen, die in den

versteht werden soll

und deren weitere

Beziehungen im Staat

Zur Nachweilur

amten

a) der Deutschen

b) der Reichspost

direktion;

c) der übrigen

Landesfinanzäm

Stellenstellen (Kartei)

Entbehrlich gen

benutzt zu werden

Gefuch an ihre let

den Antrag auf

schleibt die höhere

siner obersten Reich

sofern von ihr nicht

die Zulassung auf

rtuellen Genehmigun

dem der Bewerber

begehrt nehmen be

Beitritt die Einstellun

Zur Wahl der

20. Der Herr

at die Wahlen für

19. Juni festgelegt.

Schulleitungen Eltern

nenen eine beschlußfä

achtung der Eltern

Erziehungsfaktoren,

Arbeit die Hand

Berücksichtigen, was w

em deutschen Kinde

ernen Pädagogik ge

benen wohl im Kal

neinschaft mit mehr

Angriff genommen w

oll und ganz nur i

ernschaft erreicht we

er Verbindung der

ind. Rahmen früh

itendes Prinzip die

ich die heutige Pra

Einstellung aus arbe

linfte mit den Eltern

en heraus die e

Struktur und aus i

ernen. Interessant

ei dieser Gelegenheit

igenes Urteil über

übergebene Kind bef

it das Interesse für

Rasse stark gewach

onen gegebene Aufst

jahne finden werden

ng kann hier frun

werden. Es sei doch

Unterschriften der

m Kampfe gegen be

nachgebenden Stellen

Um das Er

Kriminalroman aus

(Urheberrecht 1918

11) Baron David,

Gerumgerückt war, al

befreit auf.

„Ja“, sagte er, „

breas meint es nur

ja natürlich, daß er

hat, und zu reich ist

ist ja alles erst gepl

auf Kosten anderer

nach da. Wir werbe

in die richtigen Weg

Wir werden nic

von Andreas großent

find, Gnade Gott be

fernt!

Valentin hatte si

ich, mit einem offen

er Andreas Drenwenb

„Hilft du mich

grausamen Menschen

„Sm.“ der alte

ber. Dann knurte

gann sich eingehend

agen.

Davids Drenwenb

andere Bahnen, inde

terfuchung schon ein

beds Beziehungen zu

habe.

Golly vernahnte.

„Darin habe ich

Baron David, „daß

Weiß handelte. Ab

burgaus nicht glaub

Weitens nur zu deu

Ich habe es r

merkte Valentin bes

men Toten daraus

jung, was ist da n

Bei diesen Worten

auf Melanie, der

die Atern jagte.

„Es ist klar,“ d

beiden Neben sich,

werbung. Wie konn

Bochumer Nachrichten.

Neuherausgegebenes Originalbericht ist ganz oder auch im Auszug nach mit genauer Quellenangabe gestattet.

Bochum, 13. Juni.

Wiedereinstellung einstweilig in den Ruhestand verfehlter Reichsbeamter.

Das Landesarbeitsamt Westfalen und Lippe in Münster, teilt uns mit:

Durch Erlass des Herrn Reichsministers der Finanzen vom 31. 3. 24 1b 7277 Reichsbefehlungsblatt 3. Jahrgang Nr. 20 vom 2. April 1924 Nr. 851) sind Richtlinien für die Unterbringung von entbehrlich gewordenen Beamten aufgestellt worden, in denen folgendes bestimmt wird:

Bei etwaigem Bedarf haben die Reichsressorts, sofern nicht nach ihrem Ermessen zwingende dienstliche Rücksichten entgegenstehen, solche Reichsbeamten der eigenen oder einer fremden Verwaltung heranzuziehen, die in den einstweiligen Ruhestand versetzt werden sollen oder schon versetzt worden sind, und deren weitere Verwendung wegen des Wertes ihrer Leistungen im staatlichen Interesse gelegen ist.

Zur Nachweisung dieser Kräfte werden für die Beamten:

- a) der Deutschen Reichsbahn bei den Präsidenten der Reichsbahndirektionen;
- b) der Reichspost bei den Präsidenten der Oberpostdirektionen;
- c) der übrigen Verwaltungen bei den Präsidenten der Landesfinanzämter;

Stellenstellen (Kartellen) eingerichtet.

Entsprechlich gewordene Reichsbeamte, die wieder verwendet zu werden wünschen, haben ein entsprechendes Gesuch an ihre letzte Dienstbehörde zu richten. Ueber den Antrag auf Wiedereinstellung bei der Dienststelle entscheidet die höhere Reichsbehörde, bei Angehörigen einer obersten Reichsbehörde, die oberste Reichsbehörde, sofern von ihr nichts anderes bestimmt wird. Die für die Zulassung zuständige Stelle benachrichtigt von der erteilten Genehmigung die Stellenstelle des Bezirkes, in dem der Bewerber seinen Wohnsitz hat. Die Reichsbehörden nehmen bei Bedarf die Stellenstellen, in deren Bezirk die Einstellung erfolgen soll, in Anspruch.

Zur Wahl der Elternbeiräte am 29. Juni.

20. Der Herr Minister für Kunst und Wissenschaft hat die Wahlen für die Elternbeiräte endgültig auf den 29. Juni festgelegt. Vorher sind von den einzelnen Schulleitungen Elternversammlungen einzuberufen, von denen eine beschlussfähig sein muß. Der Zweck der Einberufung der Elternbeiräte ist, daß die beiden großen Erziehungsfaktoren, Schule und Haus, in gemeinsamer Arbeit für die Kinder wirken.

Der Herr Minister hat auch die Aufgaben, die von der modernen Pädagogik gestellt und zu lösen versucht werden, im Rahmen der unterrichtlichen Pflichten der Lehrer mit mehr oder weniger großem Erfolg in Angriff genommen werden, das gesteckte Ziel wird jedoch nur dann erreicht werden können, wenn die Eltern mit der Erziehung der Kinder zusammenarbeiten. Die Brücke aber, die die Verbindung der beiden Erziehungskräfte bildet, das Kind, müssen früher die pädagogischen Methoden als leitendes Prinzip die Sorge des Kindes an, so orientiert sich die heutige Praxis von dem Kinde aus. Von dieser Einstellung aus arbeiten die Lehrer für die Zusammenkünfte mit den Eltern, um eben aus diesen Besprechungen heraus die einzelnen Kinder in ihrer seelischen Struktur und aus ihrem jeweiligen Milieu kennen zu lernen. Interessante Vergleiche kann auch der Lehrer bei dieser Gelegenheit ziehen, wenn er die Eltern um ihr eigenes Urteil über das Verhalten der Kinder umfragen kann. Gerade in den letzten Jahren ist das Interesse für pädagogische Fragen in der breiten Masse stark gewachsen, so daß hier seitens der Lehrpersonen gegebene Aufklärung und Belehrungen gute Aufnahme finden werden. Auch in schulpolitischer Beziehung kann hier fruchtbringende Arbeit genug geleistet werden. Es sei noch nur an die Sammelbogen mit den Unterschriften der Erziehungsberechtigten erinnert, die in Kampfe gegen den Schulabbau angelegt und an die nachgeben Stellen weitergegeben wurden. Ferner

Die Emshergenossenschaft 1922/1923.

Die Emshergenossenschaft hat durch ihren Baubetrieb Helbing einen Jahresbericht aufstellen lassen, der über zwei Jahre reicht (vom 1. April 1922 bis 31. März 1924). Zu Eingang wird einer Ehrenpflicht genügt und der verstorbenen Mitglieder gedacht, Graf von Westerholt und Geheimrat Deutenberg.

Der Verfall der Währung

Mitte 1922, die Steigerung der Preise, die schwierige, teils unmögliche Beschaffung von Baumaterialien haben dem genehmigten Bauprogramm erheblichen Abbruch getan, den Fortgang begonnener Arbeiten stark beeinträchtigt, große Mühe und viel Arbeit verursacht. Unter solchen Verhältnissen hörte die Papiermark auf, Gegenwert für Lieferungen zu sein. Vom Mittel 1923 ab wurden die Geschäfte nur noch in Auslandswährung abgeschlossen. Zu diesen Schwierigkeiten trat eine allgemeine Kreditnot. Der dringende Baubau von großem Allgemeininteresse wurden unter erheblicher Einschränkung des Bauprogramms mit kurzfristigen Krediten fortgesetzt. Der plötzliche Abbruch der übrigen Arbeiten hat der Genossenschaft erhebliche Kosten für Sicherungsarbeiten, Räumung der Baustellen usw. verursacht.

In der zweiten Hälfte des Rechnungsjahres 1922 stellte sich

der Anleihermarkt

allmählich auf den Währungsverfall ein. Zunächst trat an die Stelle der festen Papiermarkverzinsung der sich an den Reichsbankkurs anlehnende „gleitende“ Zinssatz. Dann kamen die „wertbeständigen“ Sachanleihen auf, zuerst die auf der Kohlengrundlage. Bei der Unsicherheit der Verhältnisse erschien es gewagt, Verpflichtungen einzugehen, deren Auswirkungen sich auch nicht entfernt übersehen ließ. Die Entwidlung der Dinge hat dem Vorstand Recht gegeben, den Zeitpunkt, wertbeständige Anleihen aufzunehmen, möglichst hinauszuschieben. Dieser kam im Juni 1923, als die Umwandlung alter kurzfristiger Kredite in Anleihen gefordert wurde und die Aufgabe, zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit Notstandsarbeiten mit zu finanzieren, immer dringender an den Vorstand herantrat. Ende Juli 1923 nahm der Geldmarkt auch Sachwertanleihen nicht mehr auf. Erst im Oktober floßen wieder Gelder aus Goldanleihen, die der Staat längere Zeit sich selbst vorbehalten hatte, bis im Dezember auch diese Quelle versiegt. Mit der Markstabilisierung zeigte sich, wie arm wir geworden waren. Kapital war so gut wie nicht vorhanden; neues bildete sich nicht. Die vorhandenen verhältnismäßig geringen Mittel waren im Besitz von Kreisen, die sie entweder vorteilhafter zu nutzen wußten als durch Finanzierung festverzinslicher Anleihen oder sich schützten, Geld in Obligationen anzulegen. Das in solchen Papieren angelegte Vermögen war durch die Inflation vernichtet worden.

Ueber die ausgeführten Bauten

Im hiesigen Bezirk sagt der Bericht folgendes: Der Hofkammerbach ist bis zur Hofkammerstraße in Rietmühle ausgebaut. Der Ausbau ist damit beendet; die Mischkante, die vor dem Ausbau infolge ständiger Ausuferung des Baches herrschte, ist beseitigt. Der Hüllerbach ist bis zur Maarschmündung ausgebaut. Der Goldhamerbach ist von der Mündung aufwärts bis zur Eisenbahn Wanne-Wattenfeld ausgebaut. Stark gemeinsame Aderläufe am Unterlauf, die bisher unter Ueberflutungen häufig zu Leiden hatten, sind jetzt

können Fragen über die verschiedenen Aufschüttungen und Richtungen auf pädagogischen Gebieten erörtert werden. Mögen die Elternbeiräte einen Schritt weiter bedeuten auf der Bahn zur Gemeinschaftsarbeit zwischen Schule und Elternhaus.

X Bevölkerungsbewegung. Im Monat Mai 1924 sind in der Stadt Bochum 614 Personen mehr fort- als zugezogen und 192 mehr geboren als gestorben. Die fortgeführten Einwohnerzahl betrug am 1. 6. 24 151 901.

Y Falsche Dreimarckstücke mit dem Münzzeichen A und der Jahreszahl 1924 sind im Umlauf. Die Falschstücke sind daran zu erkennen, daß sie ein bleigraues Aussehen haben und sich fettig anfühlen. Die Buchstaben

gestrichelt. Vom Mittellauf ist das Stück zwischen Wattenfeldstraße und der Eisenbahn Wattenfeld-Präsident ebenfalls fertiggestellt und hierdurch der Ausbau zweier Nebenbäche, des Kabeisemannsbaches und des Hübchens, ermöglicht worden. Durch den Ausbau des Kabeisemannsbaches, der inzwischen bis zur Anschlußbahn der Zeche „Zentrum“ fertiggestellt ist, sind große stinkende Senkungslümpfe, die bis an die Häuser von Wattenfeld heranreichten, beseitigt. Den Ausbau hatte der Bochumer Verein für die Entwässerung seiner neuen Fabrikanlage in Hüntrop im Benehmen mit der Emshergenossenschaft vertieft und ausgebaut.

Der Ausbau des Wattenfeldbaches ist bis auf ein Stück des Mittellaufes von der Nordstraße bis zur Zeche „Holland“ beendet. Damit ist die Ueberflutungsgefahr im Oberlauf des Baches in der Gemeinde Wattenfeld beseitigt. Der Dornesburgerbach ist bis zur Zeche „Constantin“ und damit fertig ausgebaut. Große Flächen des nördlichen Teiles von Bochum-Riemte, die dauernd unter Wasser standen, sind wieder entwässert. Zur Entwässerung von Bodenentwässerungen oberhalb der Mühle Schulte-Somborn in Somborn ist der Bachlauf des Schmeddingbaches bis zur Zeche „Neu-Jericho“ ausgebaut. Der Mühlenlauf ist beseitigt. In der Märlanlage Schwanbachmündung sollen etwa 40 000 T. Kohlen schmelzen, der von 27 Zechen anläßt, aufgegeben werden. Die Zechenanlage „Constantin“ am oberen Dornesburger Mühlenbach ist fertig. Die Abwässer werden unter Benutzung eines geschlossenen Kanals im Abfall der Märlanlage zugeleitet. In den Abfallbecken wird der Schlamm getrocknet, dann durch einen Greifer in den Miststurm gebracht und nach geeigneter Mischung auf einer Hängebahn zum Kesselhaus gebracht.

Der nötige Grunderwerb

Für die in der Berichtzeit ausgebauten Bachläufe und Anlagen war der Grunderwerb von insgesamt rd. 120 Morgen Grund und Boden nötig, die einen Friedenswert von rd. 1/2 Million Goldmark darstellten. Der Grunderwerb war sehr schwierig, da niemand Grund und Boden gegen sich dauernd entwertendes Papiergeld abgeben mochte. Aus diesem Grunde mußte an verschiedenen Stellen das beschleunigte Enteignungsverfahren durchgeführt werden. Teilweise wurden die benötigten Flächen zur Verfügung gestellt, jedoch mit der Maßgabe, als Gegenwert noch zu beschaffende Tauschflächen von der Emshergenossenschaft einzubringen.

Die Unterhaltungs- und Betriebsausgaben

erreichten 1922 eine Höhe von 742 Mill. M., gegenüber einem schon erhöhten Voranschlag von 123,8 Mill. M. Die Unterhaltungsausgaben betrugen 570,5 Mill. M., gegenüber einem Voranschlag von 82 Mill. M. Das Jahresergebnis stellte sich auf 1 117 824 Mill. M. An Beiträgen wurden eingezogen 221 302 Mill. M. Die Ueberführung von 896 522 Mill. M. wurde genehmigt. Der Haushalt für 1924 ist vorläufig aufgestellt. Nach der Festsetzung der Kohlenpreise sind die Beiträge in Goldmark eingezogen worden. Der Betriebshaushalt beläuft sich auf 472 902 Mill. M. Der Bauhaushalt schließt mit einer Mehreinnahme von 240 453 Mill. M. ab. Der Kassenbestand beträgt am 1. April 1924: 198 528,32 Mill. M. Die Einnahmen und Ausgaben der Emshergenossenschaft sind mit durch die Kasse der Emshergenossenschaft gelaufen.

der Randprägung sind unbedeutlich und schlecht lesbar. Ferner ist das Metall der Münze sehr weich.

epo. Vom Universitätsprofessor am Pfarver. Unter obiger Bezeichnung schreibt der evang. Prediger Bitten zur Ordination von Dr. Hans Ehrenberg, über die wir bekanntlich berichteten: Am Pfingstmontag wurde Dr. Hans Ehrenberg, Professor der Philosophie an der Universität Heidelberg, in Bochum zum Hilfsprediger ordiniert. Dieser Fall ist deshalb bemerkenswert, weil es sich hier um einen Mann handelt, der von der hohen Warte echter Wissenschaft aus die Kirche gesehen, ja man kann sagen, entdeckt hat, und der nun den Vergeßenswunsch hat, dieser Kirche als Prediger des Evangeliums zu dienen in dem Brennpunkt kirchlichen und geistigen Lebens im rheinisch-westfälischen Industriegebiet.

7. Kapitel.

Am nächsten Tag nachmittags ließ es Hohl keine Ruhe, er mußte einmal selbst hinaus an den Latort, um sich die Dürftigkeit in Bezug auf das Verbrechen genau anzusehen. Er holte sich dazu den alten Adams als Begleiter und ließ sich von ihm noch einmal genau erzählen, was dieser wußte.

„Nun lassen Sie mal auf, Adams, was ich Sie fragen werde“, sagte er, als beide eine Weile in nachdenklichem Schweigen verharren hatten.

„Sie sagen, Sie seien eben im Begriff gewesen, nach dem Mauerpförtchen zu gehen, um dieses für die Nacht zu verschließen, als Sie den Schuß oben hörten. Schlagen Sie daraufhin den gemächlichen Weg ein?“

„Nein, der führt ja am Mingerhüschchen vorbei und ist ein wenig weiter. Ich aber beiläufig eben des Schusses wegen und lief den kleinen Fußsteig hinan, der vom Gemüthegarten direkt zum Pförtchen führt.“

„Schön. Ich kenne ihn. Er durchquert die Schöpfung und ein paar Wiesen und läuft dann hart an der Mauer hin. Rechts davon liegt der Weingarten, nicht wahr?“

„Ja. Der Sieg ist ja förmlich eingewürgt zwischen Weingarten und Mauer. Man sieht nur vor- und rückwärts und hat nie einen Ausblick.“

„Sehr richtig. Aber man hört dafür alles deutlich, was jenseits der Mauer auf der Landstraße vorgeht. Hans und ich haben uns als Knaben oft den Spieß gemacht, an jener Stelle die Unterhaltung der vorbeiziehenden Spaziergänger zu belauschen. Nun sind Sie doch auch der Meinung, Adams, daß sich der Mörder damals unmittelbar nach der Tat nur durch jenes Pförtchen auf die Landstraße geflüchtet haben kann, nicht wahr?“

Adams Augen weiteten sich, während er den Sprecher verwirrt anblickte.

strategie. Wir empfinden diese Kombination als ein hochfreudiges Zeichen erwachender Fröhlichkeit in den Kreisen unseres Volkes, die bisher der Kirche verfallen und gleichgültig gegenüberstanden. Es wird nicht mit Unrecht oft darüber geklagt, daß unsere Unterfertigten, auch die theologischen Fakultäten, den Zusammenhang mit der Gemeinde verloren haben und leider auch keinen sonderlichen Wert auf solchen Zusammenhang legen, sehr zum Schaden, nicht nur der Gemeinde, sondern auch der Universitäten. Deshalb ist uns der Philosoph als Pfarrer herzlich willkommen. Er wird eine große Mission zu erfüllen haben. Wir wünschen um unserer Kirche willen, daß er nun eine Gemeinde finden möge, die ihm ein rechtes Fundament für seine weitere Arbeit sein kann.

* Die Prägungen von Silber- und Kupfergeld. Das Reichsfinanzministerium veröffentlicht eine Uebersicht der Prägungen von Reichsilber- und Rentenpremiengeldern bis Ende Mai 1924. Aus der Aufstellung ergibt sich, daß folgende Münzsorten geprägt wurden:

15 778 996,—	1/2 Markstücke,
31 492 368,—	1/4 Markstücke,
935 616,34	1/2 Pfennigstücke,
1 717 599,—	1 Pfennigstücke,
6 898 366,10	2 Pfennigstücke,
12 317 262,20	5 Pfennigstücke,
75 516 496,—	10 Pfennigstücke.

epo. Die Vereinigung der Religionslehrer an den höheren Schulen Westfalens hat am 19. Juni, am Fronleichnamstage, eine ordentliche Versammlung in Hamm i. W. Professor Benckmann aus Dortmund wird über die Vertretung der Religionslehrer in den Kreisräthen sprechen. Universitätsprofessor Dr. Dr. Koppelman aus Münster i. W. hält einen Vortrag über das Thema: „Die neuesten Richtungen in der evangelischen Theologie und der Religionsunterricht“. Die Vereinigung zählt zurzeit 190 Mitglieder an 79 höheren Schulen Westfalens.

hu. Entscheidungsbildung. Der Provinzialausschuß hat beschlossen, für die Ausführung der Entscheidungsbildung der auf Grund der Viehbesitzbescheinigung zu leistenden Beiträge, von den Viehhältern für das Jahr 1924 für jeden Einfluß, Pferd, Esel, Maultiere, etc. 20 Goldpfennig, für jedes Rindvieh 22 Goldpfennig, und für jede 3 Monate alte Ziege 5 Pfennig zu erheben, und zwar nach dem Viehstande vom 1. Juni 1924. Die Liste der beitragspflichtigen Viehhältern mit Angabe der zu leistenden Beiträge liegt auf dem hiesigen Gemeindebüro, Zimmer 5, auf. Berichtigungen können bis 10 Tage nach Ablauf des Termins beim hiesigen Ortsvorstande vorgebracht werden.

epo. Der Verband der westfälischen Postbeamten hält vom 19. bis 21. Juni d. J. in Königsberg i. Pr. seinen diesjährigen Verbandstag ab. Besondere Bedeutung erlangt die Tagung durch die Tatsache, daß vor nunmehr 60 Jahren in Baden die ersten westfälischen Beamten in den Staatsdienst eingestellt wurden, aus denen die heutigen Reichs- und Landesbeamten hervorgegangen sind. Die reichhaltige Tagesordnung wird sich mit den brennenden Beamtenfragen beschäftigen, in denen die Ueberlastung der Fernsprechanlagen, Telegraphen- und Schiedsbeamten durch schwebende Beamtenabgaben und gleichzeitige Erhöhung des Leistungsmasses in Verbindung mit Urlaubsfürsorge den Hauptraum einnehmen werden. (Die Öffentlichkeit wird in den Verhandlungen vielfach die Erklärung für manche schwer empfindenen Unzulänglichkeiten des Postbetriebes finden.) Ueber den besonderen Belangen des Berufs werden Fragen von allgemeinem Interesse behandelt werden: Beamtenrecht, Kranken-, Unfall- und Altersrenten, Fürsorge und anderes mehr.

o. Aufbaufälle an der Oberrealschule I. Der Unterricht für die Schüler der Aufbaufälle beginnt Dienstag, 17. Juni, nachmittags 2 Uhr, im Gebäude der Oberrealschule (Goethestraße). (Siehe auch Bekanntmachung.)

tu. Das Düsseldorf-Unterwerter eine Wirtelgewitter. Die Wäcker Wetterberichtstelle gibt folgende Darstellung über die Wetterverhältnisse vom Pfingstmontag: Der Orkan in Düsseldorf trat in Verbindung mit einer schweren dunklen Wolke und mit Hagelschlag auf. Dadurch wird das Wetter charakterisiert als eine Gewitter, wie sie bei den sogenannten Wirtelgewittern aufzutreten pflegt. Solche Wirtelgewitter zeigen meist an der Vorderseite eines zu einer größeren Hauptfront gehörenden Randtiefes und werden noch besonders gefördert durch große Temperaturunterschiede, die zwischen

„Der Mörder?“ stammelte er endlich. „Sie glauben also nicht, daß Herr Hans den Fremden erschossen hat?“

„Ich denke nicht daran! Aber wir kommen von unserem Thema ab. Sie gingen aber. Helfen Sie sich genau. Was hörten Sie dabei jenseits der Mauer? Galt, antworten Sie nicht gleich. Adams! Ich weiß, wenn Sie etwas Auffälliges gehört hätten, würden Sie es schon dem Kriminalkommissar gesagt haben. Aber da es eben nicht gerade etwas Auffälliges zu hören gab, beachteten Sie das unauffällige in Ihrer Aufregung über den Schuß gar nicht. Nun nimmt das Ohr aber trotzdem oft etwas auf, das erst später dem Hörsinn zugehen zum Bewußtsein kommt. Denken Sie also gut nach! Trachten Sie sich im Geist nochmals in jene Minuten zu versetzen, knapp ehe Sie das Pförtchen erreichten. Vielleicht hörten Sie draußen irgend etwas? Vielleicht bestanden Sie sich sogar auf ein oder das andere Wort, das uns zum Fingerzeig werden könnte? Denn ich bin der festen Ueberzeugung, daß zur selben Zeit, als Sie innen dem Pförtchen zuhause, jenseits der Mauer sich der Mörder von demselben entfernte, und zwar nicht allein. Früherhin Schmitz muß sich freiwillig oder gezwungen in seiner Gesellschaft befinden haben, und es ist kaum anzunehmen, daß die beiden sich stumm verhielten.“

Adams starrte nachdenklich vor sich hin. Pöhllich hob er aufgeregt den Kopf und sah Hohl an.

„Ja, Herr Doktor, jetzt bestimme ich mich! Sprechen Sie mir nicht ab, aber das furchtbare Geräusch eines jenseits der Mauer sehr rasch zu Tal fahrenden Automobils. Ich achte nicht darauf, weil es ja stets vorkommt, daß Ausflügler spät zur Stadt heimkehren.“

Hohl nickte beifriedig.

„Nun, sehen Sie, das ist schon etwas. Ich glaube nicht, daß Sie irren, wenn ich annehme, daß es diesmal der Mörder war, der sich darin entfernte. Zu Fuß könnte er sich auch jenseits so rasch davon gemacht haben, daß Sie nachher keine Spur mehr von ihm entdecken, denn man kann doch ein gutes Teil der Straße auf- und abwärts vom Pförtchen aus übersehen. Im Park aber war er bestimmt nicht, denn diesen hat, wie ich höre, die Polizei gründlich nach Fußspuren durchsucht.“

Er machte sich einige Notizen in sein Taschenbuch, verabschiedete Adams und verließ dann den Park durch das kleine Pförtchen, entließ ihn, die Spur so genau, als es noch möglich war, weiter zu verfolgen.

(Fortsetzung folgt.)

Am Das Erbe der Drenowits.

Kriminalroman aus der Gegenwart v. Erich Eckenstein. (Urheberrecht 1918 durch Greiner u. Co., Berlin W.30.)

11) Baron David, der unbehaglich auf seinem Sitz herumgerollt war, atmete bei diesen sanften Worten wie befreit auf.

„Ja“, sagte er, „Melanie hat recht, wie immer. Andreas meint es nur gut. Und Valentin auch. Es ist ja natürlich, daß er zu verwerten strebt, was er gelernt hat, und zu reich ist man wirklich nie! Aber schließlich ist ja alles erst geplant, und dafür, daß wir uns nicht auf Kosten anderer bereichern, sind wir Allen auch noch da. Wir werden den Ueberreifer der Jugend schon in die richtigen Wege lenken.“

Wir werden nicht immer da sein“, murmelte Baron Andreas großmütig, „und dann, wenn wir nicht mehr sind, Gnade Gott den armen Leuten in und um Valentin!“

Valentin hatte sich schon wieder gefaßt. Sehr herzlich, mit einem offenen Lächeln, das ihm gut stand, sah er Andreas Drenowits an.

„Gibst du mich denn wirklich für einen so herzlosen, grausamen Menschen, Onkel Andreas?“

„Gut“, der alte David schlug den Blick verwirrt nieder. „Dann kinnerte er etwas von „zu klug“ und begann sich eingehend mit seinem Nachfaher zu beschäftigen.“

David Drenowits aber lenkte die Unterhaltung auf andere Bahnen, indem er Dr. Hohl fragte, ob die Unternehmung schon etwas Näheres über Adolf Lauterbachs Beziehungen zu Fräulein Schmidt herausgebracht habe.

Hohl verneinte.

„Darin habe ich eben doch recht behalten“, meinte Baron David, „daß es sich bei dem armen Wolf um ein Weib handelt. Ueber natürlich, man wollte es mir ja durchaus nicht glauben, obwohl die Veränderung seines Wesens nur zu deutlich dafür sprach.“

„Ich habe es nie bezweifelt, Onkel David“, bemerkte Valentin beifriedig. „Nur solltest du dem armen Toten daraus keinen Vorwurf machen. Er war jung, was ist da natürlich, als daß er sie liebte?“

Bei diesen Worten warf er einen jählichen Seitenblick auf Melanie, der Hohl das Blut heiß und kalt durch die Adern jagte.

„Es ist klar“, dachte der junge Rechtsanwalt, „die beiden lieben sich, und die Familie billigt seine Verbindung. Wie konnte ich das nur erst jetzt bemerken!“

